

## Progressives Bündnis

für einen klimagerechten und sozialen Kanton Zürich

in den  
Regierungsrat  
12.2.2023



Anne-Claude  
Hensch  
AL, neu

Martin  
Neukom  
Grüne, bisher

Priska  
Seiler Graf  
SP, neu

Jacqueline  
Fehr  
SP, bisher

### Energie (Gegen-)Wind statt AKW

S. 16 – 18

Im Gespräch

### Der Wahlkampf lahmt? Kein Grund zur Sorge

S. 12 – 13

«Im Reinen»

### Im Gedanken- galopp in die Verunsicherung

S. 23



Nicole Soland

## Umbau



Oscar Tuazon, «Burn the Formwork», Oscar Tuazon und Eva Presenhuber

**N**ein, es geht nicht um den Eingangsbereich des ehemaligen Knabengymnasiums und auch nicht um die Villa Flora, wenn derzeit über Umbau im Zusammenhang mit dem Kunst Museum Winterthur gesprochen wird, sondern um das Werk des 1975 geborenen US-Amerikaners Oscar Tuazon, dem Lynn Kost eine Retrospektive seiner Arbeiten seit dem Jahr 2000 widmet. Oscar Tuazon arbeitet mit industriell vorgefertigten Baumaterialien und setzt diese in einer Do-it-yourself-Architekturstrategie für eine Infragestellung des bestehenden Baus ein und oszilliert damit zwischen Zweckbau und Skulptur und er spielt mit Statik. Entsprechend sprengt die Ausstellung nicht nur Gewohnheiten des Sehens oder der Ausstellungsarchitektur, sondern beabsichtigt auch, den Umgang mit Kunst ergo deren Einfluss so zu erweitern, dass die Installationen auch Begegnungsräume werden. froh.

Oscar Tuazon: «**Building**», Sa, 4.2. bis So, 30.4., Kunst Museum Winterthur / Beim Stadthaus, Winterthur. Vernissage: Fr, 3.2., 18h, ebenda.

## Revival



Heisl

**V**on 1979 bis 1984 rockten «Intimspray» die Münchener, Hamburger und Wiener Clubzene. Nach einem Krach ums Geld, lösten sie sich auf, um sich erst 2018 an einem Musikertreff zufällig wieder zu begegnen. Ein Ad-hoc-Revival liess sie den verwegenen Plan fassen, nochmals durchzustarten. Ihr störrischer Trotz verwehrte ihnen damals trotz gekanntem Surfen auf der Neuen Deutsche Welle den finalen Durchbruch. Doch auch diesmal hielt die wiederentdeckte Euphorie nicht bei allen gleich lange an. Heute sind Heinz D. Heisl, Bill Pugh, Heriberty «Corny» Kornfeil und Daniel Homolka das «Intimspray»-Quartett, das gleichermassen alte Ohrwürmer wie neue Zeitgeistbetrachtungen vertont und performt. Nur weil ihr Stützpunkt aktuell in Wien liegt, ist es noch lange kein Schmä, wenn die grassierende Bequemlichkeit (von uns) und Verlogenheit (der Politik) sie dermassen ärgern, dass daraus Musik werden muss. froh.

«**Intimspray**», Sa, 4.2., 20.20h, El Lokal, Zürich.

## Entdeckung



**T**ina Bara, Cornelia Schleime und Gabriele Stötzer sind drei Künstlerinnen, die in der Underground-Kunstszene in den 1970er- und 1980er-Jahren der DDR aktiv waren, in Ost-Berlin, Erfurt und Dresden. Ihr Werk und ihre Vita holt die Regisseurin Pamela Meyer-Arndt ans Licht. Nur Hungerstreik (Gabriele Stötzer) oder Heirat (Tina Bara) machte ihnen die Ausreise möglich. Für Cornelia Schleime, die blieb, um von innen gegen das System zu arbeiten, brach die Welt erst zusammen, als sie ihre Stasi-Akte las. «Rebellen – Fotografie. Underground. DDR.» ermöglicht Einblicke in drei verschiedene Lebensverläufe von Künstlerinnen, deren Ausdruck und künstlerische Entwicklung von einer totalitären Ideologie unterdrückt worden war, was bis heute Blessuren zurücklässt und je ein Werk in der Versenkung entsorgte, das jetzt teilweise mit Verblüffung wiederentdeckt wird und späte Anerkennung ernetzt. froh.

«**Rebellen – Fotografie. Underground. DDR.**», So, 5. bis So, 26.2., 12h, Kino Xenix, Zürich.

## Rückgrat



Jack de Nijs

**M**elina Mercouri (1920 – 1994) wuchs in einer Politikerdynastie des Athener Grossbürgertums auf. Sie trat früh mit dem Wunsch, Schauspielerin zu werden, aus der Reihe und sorgte zuerst auch bei der Kritik auf Ablehnung. 1955 erregte sie im Film «Stella» von Michalis Kakogiannis erste internationale Aufmerksamkeit, die Rolle eines Hafentöchterchens in «Never on Sunday» in der Regie ihres Gatten Jules Dassin brachte ihr 1960 den Durchbruch. Rückgrat bewies sie gegenüber der Militärdiktatur in Griechenland, indem sie Partisanenlieder sang, sich (aus dem Exil) öffentlich gegen das Regime stellte, das sie kurzerhand ausbürgerte. 1977 wurde sie als sozialistische Pasok-Abgeordnete ins Parlament gewählt, 1981 ernannte sie der neugewählte griechische Ministerpräsident Andreas Papandreu zur Kulturministerin. Sie kämpfte für antike Kulturschätze und die Idee der Kulturhauptstadt Europas geht auf sie zurück. froh.

«**Melina – Hommage an eine Legende**», Di, 7. bis Do, 9.2., 20h, Keller62, Zürich.

## Reinform



Thomas Walgrave

**D**ie Form war überhaupt nicht uninteressant, das Hirn allerdings suchte während «Before the sky falls» im November vor einem Jahr über die gesamte Spieldauer hinweg einen Zusammenhang zwischen «Macbeth» und dem Bühnengeschehen, wie das die Ankündigung versprach, und blieb ernüchtert bis verwirrt zurück.

«Depois do silêncio (Nach der Stille)» (Portugiesisch mit dt. Übertiteln) beruht wieder auf einem Roman, der aber erst im vergangenen August auf Deutsch übersetzt erschienen ist, ergo noch nicht sehr breit bekannt sein dürfte («Die Stimme meiner Schwester» von Itamar Vieira Junior), was es ungemein erleichtern müsste, Bühnengeschehen und Handlung von Christiane Jatahys neuester Regiearbeit vorurteilsfrei, also offen folgen zu wollen. Es ist eine Geschichte über die Kraft von Frauensolidarität unter den Nachfahren von SklavInnen auf einer brasilianischen Plantage. froh.

«**Depois do silêncio (Nach der Stille)**», Do, 9. bis So, 12.2., 20.15, Box im Schiffbau, Schauspielhaus, Zürich.

# «Der Zürcher Löwe brüllt»

Die Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh (FDP) kann gut mit Niederlagen umgehen. Auf die Innovationskraft des Kantons Zürich lässt sie nichts kommen.

Min Li Marti

Als junge Mutter engagierte sich Carmen Walker Späh in ihrem Quartier für die Freilegung eines Bachs. Auch politisiert wurde sie durch den Rosengarten, den sie als gigantische Fehlplanung ansieht. Die Geschichte treibe sie immer noch um: «Vor allem beschäftigt mich die Frage, warum, wenn einmal eine falsche Entscheidung getroffen wurde, diese fast nicht mehr korrigiert werden kann.» Was auch ein wenig nach dem Anfang einer grünen Politkarriere tönt, sind die Anfänge der freisinnigen Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh. Der Rosengarten, dieses ewige Provisorium, das mit viel Verkehr das Quartier durchschneidet, ist wohl eines der wichtigsten politischen Projekte von Carmen Walker Späh. Als Freisinnige will sie den Rosengarten aber nicht durch Reduktion der Mobilität vom Verkehr befreien, sondern durch einen Tunnel. Die Stimmbewölkerung lehnte diesen aber im Februar 2020 deutlich ab. Eine klare Niederlage für Carmen Walker Späh. Doch die Freisinnige, die in den Medien schon als «Stehauffrau» beschrieben wurde, kann mit der Niederlage umgehen. «Verlieren ist nichts Ehrenrühiges», meint sie. Es habe auch etwas Gutes, weil dann sei wenigstens ein demokratischer Entscheid gefallen und man wisse, was die Zürcherinnen und Zürcher wollen – oder eben nicht wollen.

## «Hart arbeiten, kämpfen»

Carmen Walker Späh ist im Kanton Uri aufgewachsen, in einer freisinnigen Familie. Die Umgebung habe sie geprägt. «Die Gegend ist karg, es hat steile Felsen, Föhnstürme. Wer dort Erfolg haben will, muss hart arbeiten, kämpfen, auch einen ›harten Grind‹ haben.» Die Urner Landschaft präge sie noch heute, bis hin zur Frisur, wie sie lachend meint. Walker Späh wurde als Kantonsrätin national bekannt, weil sie als Präsidentin der FDP-Frauen auf nationaler Ebene mit Frauenquoten drohte, nicht nur zur Freude der Partei. Gleichstellung ist für sie immer noch ein wichtiges Thema. «Ich wehre mich gegen Ungerechtigkeiten aufgrund des Geschlechts.» Das könne auch Männer betreffen. «Für mich ist das Erwerbsleben der Schlüssel zur Gleichstellung», meint Carmen Walker Späh. Nur durch eine Integration in die Arbeitswelt könnten Frauen und Männer sich auf Augenhöhe begegnen.

Diese Frage sei ihr jetzt auch als Volkswirtschaftsdirektorin wichtig. Der Arbeitskräftemangel sei ein akutes Problem. Viel Potenzial liege bei den Frauen. Sie habe eine Studie in Auftrag gegeben, die klar zum Schluss kam, dass die Lohnschere bei der Mutterschaft aufgehe. Um das Potenzial der Frauen auf dem Arbeitsmarkt besser auszuschöpfen, brauche es eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sehr am Herzen liegt ihr die Individualbesteuerung: «Mit deren Einführung könnte ein entscheidender Schritt gemacht werden, damit doppelt verdienende Ehepaare endlich nicht mehr steuerlich bestraft werden.» Wichtig ist ihr auch ein Projekt, um den Anteil der Frauen in Tech-Berufen zu erhöhen. Dies sei man jetzt gemeinsam mit der Branche und unter wissenschaftlicher Begleitung angegangen. Im Kern gehe es darum, die Frauen anders anzusprechen. «Das ist eine entscheidende Frage. Die technologische Entwicklung ist rasant. Es darf nicht sein, dass Frauen hiervon ausgeschlossen sind. Im Gegenteil: Frauen müssen deutlich stärker in den technologischen Berufen vertreten sein, um unsere Zukunft mitgestalten zu können.»



## Verkehr muss auch fließen können

Als Volkswirtschaftsdirektorin ist Carmen Walker Späh auch für ein politisch hochumstrittenes Thema zuständig: Den Verkehr. Walker Spähs Parteikollege Andreas Stokholm, Stadtpräsident von Frauenfeld, hatte sich in der NZZ dezidiert für Tempo 30 in den Städten ausgesprochen, «um die Lebensqualität in den Städten zu erhalten». Carmen Walker Späh sieht es anders. Sie betont: «Tempo 30 ist grundsätzlich eine gute Sache.» Aber flächendeckend sei dies nicht sinnvoll. Es brauche auch Hauptverkehrsachsen, auf denen der Verkehr fliesse und «vorwärts kommen kann». Ausserdem würden die Fahrzeuge aufgrund der Elektrifizierung leiser, das Lärmproblem würde sich daher entschärfen. Auf den Einwand, dass es auch ein Problem des begrenzten Raums gäbe und dass der motorisierte Individualverkehr nicht die effizien-

teste Methode sei, knappen Raum zu nutzen, entgegnet sie klar: «Das ist mir zu ideologisch. Da wird Verkehr in Gut und Böse eingeteilt.» Man müsse ein Miteinander ermöglichen, es gäbe schliesslich auch Menschen, die auf ein Auto angewiesen seien. Wie der Verkehr der Zukunft aussehe, könne man jetzt noch nicht abschliessend sagen. Sie vertraue in die Innovationskraft von Wirtschaft und Forschung. Ihre Bedingungen für den Verkehr der Zukunft: «Er muss effizient sein, selbstverständlich CO<sub>2</sub>-neutral und bezahlbar, mit einem starken öffentlichen Verkehr als Rückgrat.» SP-Kantonsrat Felix Hoesch kritisiert den Fokus von Walker Späh in der Mobilität als zu einseitig: «Sie will die Klimakrise in der Mobilität rein über Elektrifizierung der Autos lösen.»

Innovation ist für die Volkswirtschaftsdirektorin ein wichtiges Anliegen. Peter Grünenfelder, der für die FDP zusammen mit Carmen Walker Späh für den Regierungsrat kandidiert, hat den Kanton Zürich allerdings als «Schweizer Meister im Verwaltungswachstum, bei Bürokratie und Regulierung» bezeichnet und moniert, der Kanton Zürich sei «punkto Innovationskraft (...) stark zurückgefallen». Darauf angesprochen, meint Carmen Walker Späh, Grünenfelder sei in einer anderen Rolle. Als neuer Kandidat müsse er mit einer pointierten Kampagne kritisch sein. Aber: «Auf die Innovationskraft des Kantons Zürich lasse ich nichts kommen. Der Zürcher Löwe brüllt.» Aber selbstverständlich habe Grünenfelder Recht, dass man sich noch weiter verbessern könne. Deshalb wolle sie unter anderem den Innovationspark in Dübendorf weiter vorantreiben. Fördern möchte Walker Späh auch den Tourismus, indem in Städten Tourismuszonen eingeführt werden können, in denen auch am Sonntag eingekauft werden kann. Man kann davon ausgehen, dass das Thema Sonntagsverkäufe einiges an Gegenwind verursachen wird. Aber Föhnstürme ist sich Walker Späh ja gewöhnt.

REGIERUNGSRATSWAHLEN 2023

Mit dieser Porträtreihe stellen wir die bisherigen und die neuantretenden RegierungsratskandidatInnen vor: den Schlusspunkt setzt diese Woche Carmen Walker Späh (FDP, bisher).

# Martin Neukom warnt vergebens

Am Vormittag gerieten bei der Behandlung der Submissionskriterien die üblichen politischen Fronten durcheinander, am Nachmittag erlitt die Klimaallianz eine kleine Niederlage bei der vorsorglichen Prüfung von Solaranlagen in Kernzonen. Zwei neue Vorstösse zu den WCs und zur Umfahrung von Eglisau werden noch zu reden geben.

Koni Loepfe

**G**rundsätzlich muss der Staat seine Aufträge an den günstigsten Anbieter vergeben, ausser es handle sich um ganz offensichtliches Preisdumping, das zu ungenügenden Leistungen führt. Mitunter gibt es ein Plus für Firmen mit Lehrlingsausbildung, und man kann Firmen bei schlechten Erfahrungen vom Bieten ausschliessen. Aber in fast allen Fällen muss die öffentliche Hand die günstigste Offerte berücksichtigen, auch wenn sie eine andere besser fände. Das Unbehagen an diesem recht strikten Ausschreibungsregime ist relativ gross, und so schlossen die Kantone zusammen eine interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen ab. Das Ziel: Nicht mehr die «wirtschaftlich günstigste» Offerte, sondern die «beste» soll den Zuschlag erhalten. Unter dem «Besten» versteckt sich das Berücksichtigen von Nachhaltigkeit, Qualität und Innovation. Diese Neuorientierung war im Kantonsrat unbestritten. Der Streit ging um ein paar Details. Die linke Ratsseite verlangte, dass die Lieferkette bei der Offerte ersichtlich wird, denn nur so, so Sonja Gehrig (GLP), sei die Nachhaltigkeit überprüfbar. Dass damit, wie die Bürgerlichen behaupteten, die Vereinfachung nicht mehr funktioniere, fand bei der Klimaallianz kein Gehör und war somit als Zusatz aufgenommen.

Bis hierher entsprachen Debatte und Resultat den Erwartungen. Der SVP geht es aber nicht nur um Qualität, sondern auch um den Schutz des lokalen Gewerbes. Diego Bonato verlangte, dass die Preise der ausländischen Firmen auf das Schweizer Niveau heraufgerechnet werden. Offeriert also eine grenznahe deutsche Firma mit den bei ihr üblichen Löhnen, muss sie diese bei der Offerte für die öffentliche Hand der Schweiz auf das in der Schweiz übliche Niveau hochrechnen. Sibylle Marti (SP), aber auch den Grünen und den Grünliberalen ging dieser «Heimatschutz» zu weit. «Ich gehe davon aus, dass sich das einheimische Gewerbe meist durchsetzen wird, wenn Qualität, Nachhaltigkeit und Innovation berücksichtigt werden», fand sie und wehrte sich gegen eine weitere Einschränkung des freien Marktes.

Zudem fand die SVP noch das Argument der «Verlässlichkeit des Preises». Was man böse ausgedrückt auch so interpretieren

kann, dass wer zu tief bietet, ausgeschlossen werden kann, weil er im Verdacht des Dumpings und nicht des scharfen Rechnens steht. Natürlich ist etwa auf dem Bau nicht ungewöhnlich, die sehr tief gerechnete Offerte mit Entschädigungen wegen unerwarteten Umständen während des Baus zu verbessern. Da der AL der Kampf gegen Lohndumping wichtig ist, so Anne-Claude Hensch, stimmte sie für den SVP-Antrag, der somit eine Mehrheit erhielt. Sehr zum Ärger von Baudirektor Martin Neukom, der darauf hinwies, dass alle Anträge des Kantonsrats fast sicher von den Gerichten bei der ersten Klage für ungültig erklärt würden. Die Kantone könnten nur Ausführungsbestimmungen zur Vereinbarung bestimmen, aber nicht gänzlich neue Kriterien erlassen.

## Sinnlose Arbeit

Am Nachmittag hatte es der Baudirektor nochmals schwer. Er wehrte sich vehement, aber vergeblich gegen eine Motion von Martin Farner (FDP), der eine vorsorgliche Prüfung für Solaranlagen auf Häusern in geschützten Ortsbildern verlangt. Seine Begründung: Wollen Hausbesitzer in Kernzonen ein geschütztes Haus mit Solarstrom versorgen, benötigen sie dafür eine Bewilligung, gegen die Rekurs ergriffen werden kann. Wird dieser Rekurs gutgeheissen, hat der Hausbesitzer ausser Spesen nichts gehabt. Deshalb solle die Gemeinde verpflichtet werden, von sich aus abzuklären, auf welchen Häusern Panels möglich seien und auf welchen nicht. Das ergebe für die Hausbesitzer eine höhere Planungssicherheit.

Das sei sehr aufwendig und zudem kaum von Nutzen, ausser man wolle das Rekursrecht einschränken, fand Martin Neukom. Gerichte würden sich von einer öffentlichen Vorprüfung kaum beeindruckt lassen. Auf das flammende Votum von Markus Schaaf (EVP), der auch Kirchendächer für die Stromproduktion einsetzen will, erwiderte Martin Neukom, dass er nicht begreife, warum man ausgerechnet die zehn Prozent schwierigsten Solaranlagen mit viel unsicherem Aufwand forcieren wolle. Eine Vorprüfung vernachlässige den technischen Fortschritt, führte Andreas Hasler (GLP) aus. Man schliesse so heute möglicherweise Häuser aus, die morgen eine Anlage bekommen könnten. Oder um es frei nach David Galeuchet (Grüne) zu

sagen: Warum streitet man sich um Panels auf dem Lindenhof, wenn ganz Schwamendingen praktisch noch frei davon ist? Da die EVP sich für die Motion aussprach, erhielt sie eine Mehrheit und die Baudirektion damit eine Strafaufgabe.

Mit dem Vorstoss von Daniel Sommer hatte die EVP anschliessend kein Glück, weil hier die AL aus der Klimaallianz ausscherete. Er wollte die Hausbesitzer verpflichten, in den Hausgaragen eine Ladestelle für elektrische Fahrzeuge zu installieren. Nur so sei der Anreiz gross genug, um auf das Elektromobil umzusteigen. Die AL befürchtet, dass dies zu einer weiteren Steigerung der Mietkosten führt. Schliesslich, so André Bender (SVP), hätten viele gar keine Garage, und so würden einige Mieter auf Kosten der Hausbesitzer bevorteilt. Nicola Siegrist (SP) redete sich zum zweiten Mal mit Substanz in Rage, die Bürgerlichen fänden immer Gründe, nichts für das Klima zu tun. Den Spruch des Tages lancierte allerdings Sonja Rueff-Frenkel (FDP): «Die Benzinautos haben schliesslich auch keine Tanksäule in der Garage.»

## WC und Eglisau

Sonja Rueff-Frenkel (FDP), Andrew Kattumba (SP) und Domenik Ledergerber (SVP) fanden sich zu einem Vorstoss, der ganz im Trend liegt und wohl noch einiges zu reden geben wird: Sie verlangen, dass Gaststätten ab 50 Personen nicht mehr geschlechtergetrennte Toiletten anbieten müssen. Damit wären mindestens zwei Fliegen auf einen Schlag getroffen. Die Schlangen vor den WC der Frauen bei meist eher freiem Zugang für die Männer würden verschwinden oder sich zumindest gleichmässig auf die WC verteilen. Und die Diskussion, wie man es mit den WC für die LGBTQ-Gemeinschaft hält, wäre sozusagen auch vom Tisch: Es muss nur noch eine Sorte WC geben, dafür davon genug.

Ein dringlicher Vorstoss von Romaine Rogenmoser (SVP), der von 92 KantonsrätInnen und damit von der Mehrheit unterschrieben wurde, verlangt, dass das Betriebs- und Gestaltungskonzept für die Ortsdurchfahrt Eglisau erst realisiert wird, wenn die Umfahrung realisiert ist. Selbstverständlich geht es vor allem um die Umfahrung, die mit der Brechstange erzwungen werden soll. Dafür kommt ein Tunnel infrage, was aber ein sehr teurer Spass ist.

# Ein Wohnraumfonds für alle

Der Zürcher Gemeinderat spricht sich für einen neuen Wohnraumfonds und einen städtischen Mindestlohn aus.

Nicole Soland

An seiner Sitzung vom Mittwochabend beriet der Zürcher Gemeinderat über einen neuen städtischen Wohnraumfonds. Die Vorlage geht auf eine Motion der Fraktionen von SP, Grünen und AL aus dem Jahr 2017 zurück. Doch die Idee dahinter reiche fast 20 Jahre zurück, merkte Finanzvorstand Daniel Leupi an. Sie sei schon diskutiert worden, als er neu im Gemeinderat gewesen sei, doch man habe auf das neue Gemeindegesezt warten müssen, um sie verwirklichen zu können. Kommissionssprecher Luca Maggi (Grüne) erklärte, Zürich sei die erste Gemeinde im Kanton, die einen kommunalen Wohnraumfonds schaffe. Die Vorlage umfasst einerseits einen Kredit von 100 Millionen Franken für die Anfangsdotierung des Fonds, andererseits den Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für dessen künftige Alimentierung. Zudem galt es, eine Verordnung über den neuen städtischen Wohnraumfonds zu erlassen, und schliesslich wurde auch noch ein Rahmenkredit für eine aktive städtische Liegenschaftenpolitik aus dem Jahr 1990 aufgehoben, dessen Restkreditmenge rund 70 Millionen Franken beträgt. Mit dem neuen Fonds bekomme die Stadt «ein weiteres griffiges Mittel, das sich in die Palette der bereits bestehenden Instrumente einreicht», sagte Luca Maggi und betonte, der Fonds solle auch dabei helfen, das Drittelsziel zu erreichen, demgemäss bis 2050 ein Drittel aller Mietwohnungen in der Stadt Wohnungen von gemeinnützigen Bauträgern sein sollen.

Die Fraktionserklärung der FDP mit dem Titel «ein weiterer Schritt in die falsche Richtung» verlas Michael Schmid. Die «hohen und steigenden» Mieten in der Stadt gehörten zu den grössten Problemen für die Menschen in Zürich, sagte er. Doch «die fehlgeleitete, seit drei Jahrzehnten rot-grün geprägte städtische Wohnbaupolitik» suche die Antwort auf dieses Problem «nach wie vor in marktverzerrenden Massnahmen». Die FDP lehne den Fonds ab, denn sie habe «andere, bessere Rezepte»: Sie will mittels einer (im Rat noch nicht behandelten) Motion die Möglichkeit schaffen, «dass bestehende Gebäude in der Regelbauweise um ein Stockwerk erhöht werden können und so effektiv mehr Wohnraum geschaffen wird». Für die SVP verlas Martin Götzl eine Fraktionserklärung mit dem Titel, «die masslose Einwanderung lässt die Mieten explodieren».

Es könne gar nicht so viel gebaut werden, wie Personen einwanderten, betonte er: «Wer günstige Mieten will, muss die masslose Einwanderung stoppen.» Die Rezepte der Linken funktionierten nicht, der «schädliche» Wohnraumfonds werde den Wohnungsmarkt weiter anheizen, und die Preise stiegen für alle: «Das Versprechen der Linken, mit fremdem Steuergeld einen funktionierenden Wohnungsmarkt schaffen zu können, ist eine Lüge.»

Luca Maggi entgegnete ihm, die Platte der SVP scheine einen Sprung zu haben... und erklärte, wenn die Gemeinnützigen dem «renditegetriebenen Markt» Wohnungen entzögen, «wirkt sich das eines Tages in der ganzen Stadt aus». Hans Dellenbach (FDP) befand, es sei eine «verkehrte Welt», dass er hier für die Minderheit spreche, dabei vertrete er doch «die Mehrheit der Bevölkerung»: Gemeint waren jene, die aus Sicht der FDP von dem Fonds «nicht profitieren», weil sie keine gemeinnützige Wohnung «ergattern» können, sondern eine auf dem teuren freien Markt mieten müssen (für den sich die FDP stets stark macht...). Isabel Garcia (GLP) erklärte, städtische Wohnungen seien für jene gedacht, die auf dem Wohnungsmarkt «die grössten Schwierigkeiten» hätten, doch heutzutage fänden Menschen «bis weit in den Mittelstand hinein» keine Wohnungen mehr, die sie sich leisten könnten. Sie freute sich darüber, dass der Änderungsantrag ihrer Fraktion auf allgemeine Zustimmung stiess: Die GLP verlangte, dass ins Vermietungsreglement für Liegenschaften, für die Beiträge beantragt werden, Belegungsvorschriften aufgenommen werden.

## «Gut austariert»

Patrik Maillard (AL) erklärte, die Vorlage sei «gut austariert». Mit dem Wohnraumfonds könne man etwas tun gegen die «St. Moritzisierung» der Stadt, also dagegen, dass hier nur noch Reiche wohnen könnten. Simon Diggelmann (SP) sagte, der Fonds sei «grosszügiger als mit der Motion gefordert» und biete eine grosse Chance, weil damit «zielgerichtet» nicht nur Beiträge für den Erwerb von Liegenschaften, sondern auch solche für die Erneuerung von Bestandesliegenschaften gesprochen werden könnten. Christian Traber (Mitte) hingegen gab bekannt, die Mitte-/EVP-Fraktion sei schon gegen die Motion von 2017 gewesen und lehne nun auch den Fonds ab. Und Martin Busekros (Grüne) hielt trocken fest, «der

freie Markt hat kein Interesse an neuen Wohnungen». Lieber würden «schicke Altbauwohnungen leergekündigt, saniert und an Top-VerdienerInnen vermietet». So schaffe man keine Wohnungen, so werde «richtig viel Stutz» gemacht, und es sei auch klar, wer profitiere, nämlich die BesitzerInnen. Dass mehr als zwei Drittel der Wohnungen zum «freien Markt» gehörten, aber das knappe Drittel gemeinnütziger Wohnungen an den hohen Preisen schuld sein solle, sei absurd, sagte er in Richtung FDP.

Daniel Leupi freute sich zum Abschluss über das Lob für die Vorlage, sagte aber auch, man dürfe sich keine falschen Hoffungen machen. Der Fonds leiste einen Beitrag an mehr günstigen Wohnraum, aber er könne «keine Wunder wirken. An die Adresse der FDP fügte er an, wenn mehr Ausnützung möglich sei, führe das heute meist zu einem Ersatzneubau: «Der bietet vielleicht zwei Wohnungen mehr, dafür kosten dann alle Wohnungen statt 1500 Franken 2500 bis 3000 Franken.» Nach ausführlicher Debatte wurde die Vorlage zuhänden der Redaktionskommission verabschiedet.

Ebenfalls lange diskutiert wurde anschliessend noch über den städtischen Mindestlohn (siehe Bericht im P.S. von letzter Woche sowie S. 9 und 11). Nachdem alle Änderungsanträge abgearbeitet waren, ging auch diese Vorlage an die Redaktionskommission.

Reklame

## Mario Fehr bleibt Mario Fehr.



**Unser Regierungsrat für Sicherheit, Soziales und Sport.**

Überparteiliches Komitee Mario Fehr wieder in den Regierungsrat, Im Walder 33, 8702 Zollikon  
[www.mariofehr.ch](http://www.mariofehr.ch)

WEINKOLUMNE VON BARBARA MAEY

## Weingeschichten



Im Januar beginnt mir der Winter oft aufs Gemüt zu drücken. Die kalten, mehrheitlich grauen Tage

werden zwar langsam wieder länger, dennoch sehe ich mich nach wärmerer Sonne. Wie schön, dass am Ende dieses Monats jeweils meine wichtigste Weinmesse stattfindet: die Millésime Bio in Montpellier. Ich tanke hier nicht nur Sonne, sondern auch Energie, die aus den Begegnungen mit den Produzentinnen und Produzenten kommt. Natürlich müssen die Weine meine sensorische Prüfung bestehen, um in mein Sortiment aufgenommen zu werden, doch am Anfang braucht es immer auch einen Funken, der springt. So zum Beispiel bei Jordi aus dem Priorat, der mir erzählt, dass sein speziellster Wein derjenige sei, den seine 15jährige Tochter gekeltert habe. Sie habe alles bestimmt: Trauben, Erntezeitpunkt, Vinifikation und Ausbau. Und sie habe sich mit ihren Ideen gegen ihn, den erfahrenen Önologen und Winzer, durchgesetzt. Das Resultat spricht für sich. Oder da sind Maria und Josef aus dem Kremstal – ja, sie heissen tatsächlich so und es wird gleich ein bisschen kitschig: Als mir Maria einen Film ihres Pferdes zeigt, das den Boden in ihren Weinbergen bearbeitet, stellen wir fest, dass uns beide diese Bilder gleichermassen emotional berühren. Wir blinzeln unser Augenwasser weg und konzentrieren uns wieder auf den Wein, den wir gerade degustieren.

Teilweise sind aus den Geschäftsbeziehungen über die Jahre Freundschaften geworden. Zum Beispiel mit Yves Jean, den ich im letzten Sommer auf dem Weingut in Cairanne besucht habe, und der mich in Montpellier spontan zum Mittagessen einlädt. Er erzählt mir, dass er in ein paar Jahren in Rente gehen und seine Parzellen verkaufen wird. Er verspricht mir, dass er mir einen ebenbürtigen Nachfolger vorschlagen wird. Ich kann gar nicht daran denken, dass seine Weine nicht mehr in meinem Sortiment sein werden.

Diese Geschichten gehören zu meinen Weinen, geben ihnen eine Seele und mir einen Nährboden für meine Arbeit. Das alles schreibe ich nach dem ersten Tag in Montpellier – mir bleiben zwei weitere Tage, um den Tank zu füllen.

Barbara Maey führt eine Weinhandlung in Zürich. [barbara@laterroiriste.ch](mailto:barbara@laterroiriste.ch)

# Aktivismus, Asbest und eine überrassene Anklage

Der Winterthurer Kleisterprozess kommt ohne gesprochene Haftstrafen zum vorläufigen Ende. Die Stadt Winterthur steht dabei nicht so gut da.



Im Rahmen des Kleisterprozesses erschienen mehrere Dutzend sich solidarisierende Menschen am Strafgericht Basel. Sergio Scagliola

Sergio Scagliola

In Winterthur verhaftete die Polizei am 8. Januar 2021 sechs Personen. Die Stadt klagte sie daraufhin wegen schwerer Sachbeschädigung an. Dabei geht es eigentlich um etwas, was zunächst verhältnismässig harmlos klingt: Im Rahmen der Corona-Kampagne des Revolutionären Jugendbündnisses Winterthur RJBW seien illegal Plakate gekleistert worden. Am Strafgericht Basel – obwohl Basel den Fall an Winterthur abschieben wollte, was nicht gelang – wurde den Beschuldigten am 30. Januar sowie am 1. Februar der Prozess gemacht. Die Basler Staatsanwaltschaft forderte eine Freiheitsstrafe von zwölf Monaten, erntete dabei aber vor allem Kritik seitens des Richters – die auch direkt an die Stadt Winterthur gerichtet war. Die Beschuldigten wurden zu Geldstrafen von 60 Tagessätzen zu 30 respektive 70 Franken verurteilt, das Urteil kann von der Staatsanwaltschaft aber noch weitergezogen werden.

Wieso hat die Stadt Winterthur so ein grosses Ding daraus gemacht? Gegenstand des Deliktes, zumindest was den Strafantrag so in die Höhe trieb, waren Stromkästen und die Art und Weise, wie sie verschlossen sind. Das Stadtwerk Winterthur betreibt Stromkästen, die noch immer mit Asbest isoliert werden. Asbestfasern wurden lange im Hochbau eingesetzt, bis 1989 der Einsatz von asbesthaltigen Materialien verboten wurde – und genau auf einen solchen mit Asbest isolierten Stromkasten wurden Plakate gekleistert. Die Stadt Winterthur habe die Plakate daraufhin von diesen Stromkästen nicht entfernt, sondern gleich Offerten für neue Türen für die Stromkästen eingeholt. Kostenpunkt: 11500 Franken. Das Ersetzen offensichtlich sanierungswürdiger Ob-

jekte schrieb man in der Anklage sozusagen auf die Rechnung für die AktivistInnen.

Insgesamt sei ein Sachschaden von rund 18000 Franken entstanden. Das Problem: Wie die Stadt Winterthur zu dieser Zahl kommt, erscheint mindestens fragwürdig. Denn es war noch nicht einmal klar, wie viele Schäden die Aktion überhaupt verursacht hat – im «Landbote» liest man von einer Anklageschrift, in der 94 Stellen, 67 Hausfassaden, 94 Schäden und 62 Örtlichkeiten aufgelistet sind, basierend auf einer Schadensliste der einzigen Klägerin, der Stadt Winterthur.

Dazu kommt die Frage der Schadenshöhe: Abgesehen vom Asbestproblem scheint auch beispielsweise die Berechnung für die Entfernung eines einzelnen Plakats an der Obergasse von 1400 Franken etwas sehr hoch angesetzt. Generell meinte der Richter: «Es ist höchst zweifelhaft, dass der Schaden wirklich so hoch ist.» Das Ersetzen der Türen könne man den Beschuldigten ebenso nicht anhängen.

Im Vorfeld wurde befürchtet, dass sich dieser Fall in eine repressive Tradition gegen linke AktivistInnen einreihet. Dass er in Basel landete, wo die Basler Justiz im Rahmen der Aktion Basel Nazifrei die ausserparlamentarische Linke stark in die Mängel genommen hatte, befeuerte die Befürchtung weiter. Nun kommt es weder zum Freispruch, noch zu einer übermässig harten Strafe. Das zeigt insbesondere eines: Bei diesem Fall hat sich die Staatsanwaltschaft überschätzt – man könnte sagen, hat zu blöd getan – auch wenn sich der Richter dennoch kritisch gegenüber den Beschuldigten äusserte. Er finde es gut, dass sich junge Menschen für eine gerechtere Welt einsetzen, aber es müsse im Rahmen der Rechtsordnung sein.

## Nachtruhe

Immer wieder kam es zu Beschwerden, wonach der Friedhof Sihlfeld in der Nacht nicht nur zu Trauer, Erinnerung oder stiller Einkehr genutzt werde. Es gab Berichte über Parties und Drogen. Die AnwohnerInnen wehrten sich, die FDP reichte dazu Vorstösse ein und am Schluss reagierte der Bezirksrat indem er am 20. Januar 2022 den Zürcher Stadtrat anwies, dass der Friedhof Sihlfeld ab 20 Uhr geschlossen werden muss. Dagegen wehrte sich der Stadtrat vor Gericht. Am 15. Dezember entschied das Verwaltungsgericht, dass der Friedhof Sihlfeld nachts nicht geschlossen werden muss. Damit ist der Entscheid des Bezirksrats aufgehoben. Das Gericht kam zum Schluss, dass eine nächtliche Schliessung nicht eine zielführende Massnahme sei, um den Problemen entgegenzuwirken. Dennoch hat der Stadtrat Zürich beschlossen, den Entscheid weiterzuziehen. Er ist im Gegensatz zum Verwaltungsgericht der Ansicht, dass er nicht grund-

### IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung  
Auflage: 2450 Ex.  
Herausgeber: P.S. Verlag,  
Hohlstrasse 216, 8004 Zürich.  
Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion).

Mitarbeit: Koni Loepe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos:  
Anna Hug, Iris Wehrli,  
Tel. 044/241 07 60.

anzeigen@pszeitung.ch,  
aboservice@pszeitung.ch,  
redaktion@pszeitung.ch,  
www.pszeitung.ch,  
PC-Konto: 87-569389-2  
Erscheint seit Februar 1999  
wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.- (GönnerInnen: ab 300.-), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.-  
www.loopzeitung.ch

sätzlich verpflichtet gewesen wäre, auf das Begehren der Schliessung einzutreten. Schliesslich habe er verschiedene Massnahmen ergriffen, um den Friedhof als Ort der Einkehr und der Trauer zu schützen. Da sich die Frage, unter welchen Voraussetzungen von der Stadt konkrete Massnahmen gefordert werden können und die Stadt auf solche Begehren einzutreten hat, wieder stellen kann, möchte der Stadtrat sie vom Bundesgericht geklärt haben. mlm.

## Dioxin

Die Josefswiese, ein beliebter Treffpunkt im Kreis 5, muss saniert werden. Der Grund: Es wurden leicht erhöhte Dioxin-Werte festgestellt. In Lausanne wurden 2021 rund um eine Kehrrichtverbrennungsanlage grossflächige Dioxin-Kontaminationen festgestellt. Aus diesem Grund wurden auch im Kanton Zürich Messungen angeordnet. Jetzt wurden leicht erhöhte Werte auf der Josefswiese festgestellt. Da die Josefswiese auch ein beliebter Treffpunkt für Familien ist und für Kinder unter sechs Jahren die Nutzung nicht mehr erlaubt ist, saniert jetzt die Stadt Zürich die Böden und hat die betroffenen Stellen abgedeckt. Die Sanierung soll bis Mitte Jahr dauern, die Kosten sind noch nicht klar. Dies gab Stadträtin Simone Brander (SP) an einer Pressekonzferenz bekannt. mlm.

## Allwetterplatz

Die Schulanlage Allmend in der «Green-city» wird das erste Stadtzürcher Schulhaus mit Allwetterplatz auf dem Dach, so kommuniziert das Hochbaudepartement am 2. Februar. Dadurch bleibt am Boden mehr unversiegelte Grünfläche vorhanden. Ab August bietet die Schule Platz für rund 250 SchülerInnen. sca.

### DIE PRIVILEGIERTE GENERATION

## «Ihr habt es doch gewusst!»

Schon im Programmheft elektrisierte mich der Titel der Sendung des Deutschlandfunks vom 1. Februar: «Ihr habt es doch gewusst!» Auch das Fragezeichen bei der Präzisierung des «Agenda»-Themas schwächte die Anklage nicht ab: «Die Babyboomer-Generation als Klimazerstörer?» Wer sich je ernsthaft damit befasste, kennt die Antwort. Greta Thunberg hat in ihrem «Klimabuch» über zwanzig Kurven zur «grossen Beschleunigung» zu einem eindrücklichen Bild zusammengefügt. Fast immer ist 1950 das Jahr, in dem die Dynamik begann oder sich exponentiell steigerte. Konsequenz von Wohlstand und Wachstum.

Die anderthalbstündige Diskussion verlief vielstimmig, doch wenig ergiebig. Eine grüne Bundestagsabgeordnete und die Vorsitzende der Jungliberalen sagten das Erwartbare. Gesetze klimagerecht machen, Effizienz statt Verbote ... Gerontologe Pantel will vorab den «Kalten Krieg der Generationen» – zu dem er ein Buch schrieb – beenden sowie «die Solidarität zwischen Jung und Alt erhalten», um das Klimaproblem gemeinsam zu lösen. Harald Welzer, Sozialpsychologe und früh Warner vor kommenden Klimakriegen, musste

erneut deutlich machen, dass die Klimakrise nicht einfach eine von vielen ist. Ein halbes Jahrhundert hätten die massgebenden Leute diese zentrale Aufgabe trotz immer mehr Wissen «verbockt», und die kritischen Köpfe boten leider zu lange keine überzeugenden Zukunftserzählungen an. Eine per Telefon einbezogene Philosophin präzisierte, dass es sich hier um «ein kollektives Versäumnis» handle, nicht um das einzelner Personen oder einer Generation.

Unmittelbar danach folgte die Rubrik «Umwelt und Verbraucher» – ein unmöglicher, aber tragisch ehrlicher Titel. Tag für Tag scheinen da Lebensstil-Alternativen im Kleinen

auf. Welt bewahren oder weiter verbrauchen? Wir, die wir als alarmiert Engagierte den Trend zu wenden versuchten, sind nur bedingt entlastet. Zu wenig getan, falsch vorgegangen? Jedenfalls blieb nachhaltiger Erfolg aus. Mag mein Fussabdruck unter dem Durchschnitt sein, planetar gesehen ist er nicht zukunftstauglich. Ich lebte auf unserer Wohlstandinsel relativ bescheiden und war trotzdem in fast jeder Hinsicht privilegiert: Ohne die Krisennöte meiner Eltern, in alternativen Nischen fand ich stets gute Arbeit. Mich plagt heute nicht einmal die Sorge um eigene Kinder oder gar Enkelkinder, denen das alte Versprechen, dass sie es dereinst «besser haben» würden, wie Hohn in den Ohren klänge.

Hinzu kommt ein letztes Privileg, das mir vor geraumer Zeit als spontaner Gedanke durch den Kopf schoss. Ich sollte, wollte ihn wegwischen, weil er zynisch anmutet. Doch er blieb und will ausgesprochen werden: Wir sind eine Generation, der sogar das

**Wir sind eine Generation, der sogar das Sterben leichter fällt! Es bewahrt uns vor der konkreten Konfrontation mit Folgen unseres Lebens.**

Sterben leichter fällt! Weil es uns vor der konkreten Konfrontation mit den Folgen unseres Lebens bewahrt, wir nicht weiter ansehen müssen, was wir anrichteten. Wenn immer mehr Menschen zu uns fliehen, aus zunehmend klimabedingten Notlagen,

die auch hierzulande spürbarer werden, dann dürfte die eigene Sicherheit immer offener gegen das globale Gebot der Solidarität stehen ... Horrorvisionen? Nein, das aktuelle Szenario. Darum gewinnt der unseren Jahrgängen näher rückende Tod tröstliche Züge.

Wir können den Nachfolgenden bei ihrem Kampf für wirkliche Zeitenwenden weiterhin helfen, müssen aber eingestehen: Ja, zumindest in den letzten Jahrzehnten – bei einigen vielleicht nur Jahren – haben wir «es» gewusst. Zu erwarten, dass unser Versagen verziehen wird, ginge zu weit.

haste

# MAXIM THEATER

## BOOKPINK von Caren Jess SCHWEIZER ERSTAUFFÜHRUNG

Gemeinsam mit dem MAXIM Ensemble erforscht Katharina Cromme das Stück, in dem Vögel die Hauptrolle spielen. Mit viel Charme und Humor wird in den Szenen die soziale Herkunft und Zugehörigkeit anhand von Vogelfiguren thematisiert.

**Do, 9./Fr, 10. Februar, 20 Uhr**  
in der Zentralwäscherei, Neue Hard 12, Zürich 5

**Fr, 3./Sa, 4. März, 20 Uhr**  
**und So, 5. März, 17 Uhr**  
im MAXIM Theater, Ernastr. 20, Zürich 4

Reservation: buero@maximtheater.ch / Tel. 043 317 16 27  
www.maximtheater.ch



**www.URR.ch**

**Im Auftrag Ihrer Zufriedenheit!**

**Umzug**  
**Transport**  
**Einlagerung**



**+41 62 824 04 40**



# Empirie oder Ideologie?



Auch die Stadt Zürich soll einen Mindestlohn erhalten. Das hat jedenfalls die Mehrheit des Gemeinderates vor (P.S. berichtete). Der Gegenvorschlag zur Initiative «Ein Lohn zum Leben» sieht wie

die Initiative einen Mindestlohn von 23.90 Franken vor. Er schlägt aber eine Reihe von Ausnahmen vor: Der Mindestlohn soll nicht gelten für Lernende, PraktikantInnen, Familienangehörige im Familienbetrieb. Ebenfalls soll er nicht zur Anwendung kommen bei jungen Erwachsenen unter 25 Jahren, die keine Erstausbildung absolviert haben. Damit es keinen Anreiz dafür gibt, statt einer Lehre einen Aushilfsjob auszuüben. Dazu gibt es noch eine Erstreckung für Betriebe in finanzieller Not. Diese Ausnahme kam auf Wunsch der Mitte-Fraktion dazu. Der Gegenvorschlag wird von einem breiten Bündnis getragen. Aber: Die GLP ist nicht dabei.

Die GLP wird im Moment gerne von allen politischen Seiten kritisiert. Was natürlich damit zu tun hat, dass sie politisch im Aufwind ist. Wenn sie nun von links als zu rechts und von rechts als zu links bezeichnet wird, dann sieht das die GLP als Auszeichnung. So twittert der Zürcher GLP-Co-Präsident Nicola Forster: «SP-Präsident: «GLP ist rechts!» FDP-Präsident: «Die GLP ist links!» Grünliberale: «Lieber vorwärts statt links/rechts. Aber danke für den Input.»»

Die GLP will also weder links noch rechts sein, was ihr gutes Recht ist. Aber die GLP hat wohl wie kaum eine andere Partei den Anspruch, der Wissenschaft, der Empirie verpflichtet zu sein. Und so hat mir auch GLP-Gemeinderat Ronny Siev auf Twitter auf die Frage, warum die GLP den Mindestlohnkompromiss nicht unterstütze, geantwortet: «Weil ein riesiger Kontrollapparat aufgebaut wird und die Working Poor trotzdem nur sehr geringfügig entlastet werden. Ideologie vs Empirie.» Dabei verweist er auf einen Artikel in «Die Volkswirtschaft». Dort führt der Autor Luc Zobrist, Leiter der Fachstelle Volkswirtschaft im Amt für Wirtschaft und Arbeit aus, dass die Mindestlohninitiative nicht geeignet für die Armutsbekämpfung ist und nur sehr wenige Leute im Kanton Zürich überhaupt

betrifft. Denn der Stundenlohn sei weniger ausschlaggebend als beispielsweise das Arbeitspensum oder das Haushaltseinkommen. Zudem seien 18 Prozent der Working Poor Selbstständigerwerbende und damit vom Mindestlohn ausgeschlossen. «Alles in allem kann man deshalb – grob geschätzt – annehmen, dass rund 30 Prozent der Working Poor von einem Mindestlohn von 23.90 Franken betroffen wären. Das entspricht 6100 Personen. Wendet man dieselbe Rechnung auf die armutsgefährdeten Erwerbstätigen an, kommt man auf 11 300 Personen», so Zobrist. Caritas Zürich hingegen zählt allein für die Stadt Zürich 17 000 Personen, die trotz vollem Pensum auf weniger als 4000 Franken Monatslohn brutto kommen. Zwei Drittel davon sind Frauen.

Wenn wir mal davon absehen, dass auch ÖkonomInnen nicht ganz frei von politischen Einstellungen sind, ist die Frage des empirischen Effekts von Mindestlöhnen eine interessante Frage. Nun ist logisch, dass die ChefökonomInnen von Economiesuisse und Gewerkschaftsbund nicht einer Meinung sind, aber es gibt oft auch eine Lehrmeinung – die ihrerseits nicht immer richtig sein muss. So herrschte lange die Meinung vor, dass Mindestlöhne zu negativen Beschäftigungseffekten führen: Wenn Löhne steigen, dann sinkt die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften und das führt dann zu höherer Arbeitslosigkeit. Das ist mittlerweile infrage gestellt. So hat der Nobelpreisträger David Card in einer Studie 1993 festgestellt, dass Mindestlöhne im Fastfood-Bereich nicht zu negativen Beschäftigungseffekten führen. 2010 wurde dieser Befund in einer grossen empirischen Studie über die Jahre 1990–2006 von Arindrajit Dube, T. William Lester und Michael Reich bestätigt. Weitere Studien zu lokalen Mindestlöhnen in den USA sind zum selben Schluss gekommen.

Das ist wohl auch der Grund, warum Zobrist in seiner Argumentation auf die Armutsbekämpfung fokussiert. Er führt zwar den Nobelpreisträger Card an, ohne aber auf seine Studie einzugehen. Immerhin kommt er zum Schluss, dass die Befunde nicht einheitlich sind. Dass Mindestlöhne nicht automatisch zu mehr Arbeitslosigkeit führen, ist mittlerweile mehrheitlich Konsens.

Aber es gibt natürlich noch weitere Faktoren, die eine Rolle spielen könnten,

wie beispielsweise die Konjunkturlage, die lokale Wirtschaftsstruktur oder die Höhe des Mindestlohns. In der Schweiz gibt es bis dato nur eine Studie, die den Effekt von lokalen Mindestlöhnen untersucht. Diese kam durch eine Untersuchung von Löhnen in der Gastronomie zum Schluss, dass die Einführung des kantonalen Mindestlohns nicht zu negativen Beschäftigungseffekten führte. Dafür aber generell für eine Lohnerhöhung sorgte. Auch bei jenen Beschäftigten, deren Einkommen vor der Einführung des Mindestlohns darüber lag. Der Studienautor Bruno Lanz meint allerdings gegenüber «Bajour», dass man vorsichtig sein soll, die Ergebnisse auf andere Kantone zu übertragen. Der positive Effekt von Mindestlöhnen auf andere Löhne im Tieflohnbereich wurde allerdings auch schon in anderen Studien in anderen Ländern wie Ungarn, Deutschland und mehreren US-Bundesstaaten festgestellt. Die Kosten der Mindestlöhne wurden teilweise durch erhöhte Produktivität, aber auch tiefere Gewinne oder höhere Preise kompensiert.

Es ist wohl der Effekt auf die ganze Lohnstruktur im Tieflohnbereich, den die GegnerInnen des Mindestlohns befürchten. Natürlich ist ein Mindestlohn nicht die Lösung für alle Armutsprobleme, aber sie kann im Bereich der tieferen Einkommen einen Effekt erzielen. Und der ist nicht nur monetär, sondern auch ein Zeichen von Anerkennung und Respekt. Man muss auch festhalten, dass sich Zobrist bei der Armutsdefinition auf die SKOS-Richtlinien abstützt, die das Existenzminimum für die Sozialhilfe festlegt. Dieses ist bekanntlich sehr tief. Auch die Schwelle der «relativen Armutsgefährdung», die 60 Prozent des medianen verfügbaren Einkommens entspricht, ist mit derzeit rund 2500 Franken für eine Einzelperson kaum das, was man als würdige Existenz bezeichnen würde. Hinzu kommt, dass sich ja Arbeit eigentlich mehr lohnen sollte als Sozialhilfe.

Die Empirie ist also nicht ganz eindeutig, aber spricht eigentlich eher für Mindestlöhne. Und mindestens dafür, dass sich die GLP einmal etwas unvoreingenommener damit auseinandersetzt. Denn – und das muss sie auch wissen – der Weg Richtung Rahmenabkommen und besserer Integration mit Europa wird wohl kaum an einer Einführung von Mindestlöhnen vorbeikommen.

Min Li Marti

# Unsere Gesundheit sichern! Kantonale Initiative gegen Fachkräftemangel im Gesundheitswesen



Die Berichte über die katastrophale Personalsituation im Gesundheitswesen reissen nicht ab. Immer wieder müssen Spitäler Betten oder sogar ganze Abteilungen schliessen, weil das Personal fehlt. Es

fehlt an Personal, weil dieses ausgebrannt ist nach Jahren des Personalmangels, der Pandemie und des ständigen notfallmässigen Einspringens mit Sonderdiensten. Der Pflexit, der Ausstieg aus der Pflege macht die Runde.

So kann es nicht weitergehen. Längst trifft es nicht nur das Personal, sondern auch die PatientInnen und die Angehörigen. Trotzdem verweigern die meisten bürgerlichen PolitikerInnen immer noch notwendige Massnahmen – sowohl kurzfristig zur Sicherung der Gesundheitsversorgung, als auch langfristig im Umbau weg von einem Finanzierungssystem, das ökonomische Kriterien über die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung stellt.

Die Pflegeinitiative hat gezeigt, dass wir bei der Bevölkerung eine Mehrheit finden für die Forderung nach genügend Personal mit anständigen Arbeitsbedingungen. Entgegen

den oft von rechten Parteien dominierten Parlamenten und Regierungen ist die Bevölkerung bereit, dafür auch einen finanziellen Beitrag zu leisten.

Am 25. Januar hat der Bundesrat bekanntgegeben, wann und wie er die Umsetzung von Teil zwei der Pflegeinitiative weiterverfolgen will. Er hat die Ausarbeitung eines neuen Bundesgesetzes und weitere Massnahmen in Auftrag gegeben, mit denen die Arbeitsbedingungen verbessert werden sollen. In zwei Jahren soll der Vorschlag dafür vorliegen.

Frühestens in acht Jahren wird er umgesetzt werden können. So lange können Personal und PatientInnen aber nicht warten. Die Kantone können und müssen schneller handeln. Dass dies geht, hat die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich bewiesen, als sie den Kinderabteilungen von drei Spitälern vier Millionen Franken zugesprochen hat für dringliche Personalmassnahmen, um so dem Versorgungsauftrag nachkommen zu können.

Sofortmassnahmen zur Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen scheiterten bisher aber meist an den finanziellen Spielräumen der Gesundheitsbetriebe, die im heutigen Finanzierungssystem funktionieren und rentieren müssen. Massnahmen können deshalb nur von den

Kantonen beschlossen und finanziert werden, denn diese kontrollieren und finanzieren das Gesundheitswesen.

Die VPOD-Sektion Kanton Zürich hat deshalb beschlossen, das Projekt einer kantonalen Volksinitiative gegen den sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel im Gesundheitswesen und die dadurch gefährdete Gesundheitsversorgung zu lancieren. Die Initiative fordert Mittel für dringliche Personalmassnahmen ein – auch gegen den Willen der Mehrheiten in Regierung und Parlament.

Am 30. Januar hat der VPOD das Initiativprojekt ersten möglichen BündnispartnerInnen vorgestellt und sie eingeladen, sich daran zu beteiligen. Die nationale Verbandskonferenz Gesundheit des VPOD, die am 26./27. Januar in Lugano stattfand, hat zudem den Zürcher Antrag angenommen, solche Initiativprojekte in allen Kantonen zu prüfen. Erste Kantone haben bereits zurückgemeldet, bei dieser Kampagne mitzumachen. Schon bald soll es losgehen, denn der Pflegenotstand wartet nicht – auch nicht auf uns.

Roland Brunner, VPOD Sekretär für das Gesundheitswesen im Kanton Zürich

Vollständige Fassung des Textes unter [www.gbkz.ch](http://www.gbkz.ch).

Der GBKZ erhält von P.S. jeweils am ersten Freitag des Monats die Gelegenheit, in einer Kolumne gewerkschaftspolitische Themen aufzugreifen. Rückmeldungen erwünscht an [info@gbkz.ch](mailto:info@gbkz.ch)

**So kann es nicht weitergehen. Längst trifft es nicht nur das Personal, sondern auch die PatientInnen und die Angehörigen.**

CARTOON BY ROMAN PRELICZ



## Mindestlohn: Jetzt gilt es ernst



Im letzten Juni habe ich an dieser Stelle schon über unsere städtische Mindestlohn-Initiative und den Gegenvorschlag des Stadtrates geschrieben. Nun geht die Vorlage in eine entscheidende nächste Runde: Diesen Mittwoch wird sie im Stadtzürcher Gemeinderat debattiert. Während ich diese Zeilen schreibe, liegt dieser Mittwoch noch in der Zukunft, wenn ihr sie lest, schon in der Vergangenheit.

Meine GemeinderatskollegInnen der Sachkommission des Sozialdepartementes haben im letzten halben Jahr zusammen mit weiteren InteressensvertreterInnen hart gearbeitet, damit diese Vorlage eine breiter abgestützte Mehrheit bekommt. Und so konnten sie mit der AL, den Grünen und nun auch mit der Fraktion der EVP/Mitte einen Kompromiss aushandeln. Kompromisse sind immer mit Abstrichen, aber auch neuen Verbindlichkeiten verbunden. Dafür sind sie breiter abgestützt und dadurch nachhaltiger und tragfähiger.

Für uns ist es nach wie vor schmerzhaft, dass unter 25-Jährige ohne Erstausbildung vom Mindestlohn ausgeschlossen werden. Wir konnten aber doch aushandeln, dass ein Eidgenössisches Berufsattest ausreicht, während der Stadtrat ein Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis verlangt. Ich kann nachvollziehen, dass die Jugendlichen in der heutigen Zeit mit ihren ganz neuen Herausforderungen und

gesellschaftlichen Lebensmodellen weiterhin einen Anreiz brauchen, eine Ausbildung abzuschliessen. Viele sind mit der heutigen Vielfalt überfordert und nehmen auf ihrem Weg ins Berufsleben Abkürzungen und Umwege. Andererseits hat diese Massnahme einen repressiven Charakter, der meiner Erfahrung und Meinung nach wenig Nutzen bringt. Ich sehe in dieser Problematik eine sozialpolitische Herausforderung der näheren Zukunft.

Ein weiterer Wermutstropfen für uns ist die Übergangsfrist von zwei Jahren, die Betriebe mit finanziellen Schwierigkeiten beantragen können. Es bleibt die Hoffnung, dass sich damit das betroffene Gewerbe etwas besänftigen lässt. Wobei dieses sich weniger über die Tatsache des konkreten Mindestlohnes echauffert als darüber, dass damit seine Verhandlungen mit den Sozialpartnern sabotiert würden. Auch dort würde es den entsprechenden Verhandlungen guttun, wenn sie mehr Rücksicht auf regionale Bedingungen nehmen würden. Der gleiche Lohn für alle in der Schweiz ist nicht mehr tragbar.

Es freut uns aber umso mehr, dass wir bei den Verhandlungen den geforderten Mindestlohn von 23 Franken gleich der Teuerung entsprechend auf 23.90 erhöhen konnten. Gerade die 17 000 Menschen in Zürich, die noch unter diesem Lohn arbeiten müssen, sind von der Teuerung der neusten Zeit am meisten betroffen.

Nun hoffe ich sehr, dass wir diesen Kompromiss mit der entsprechenden Mehrheit dem Stadtrat überweisen werden und somit unsere Initiative zurückziehen können. Für eine allfällige Volksabstimmung sind wir bereit.

Liv Mahrer

## Mehr Solarstrom für Zürich



Tausende von Windrädern überall in der Schweiz? Solarfarmen auf allen unbesiedelten Alpen? Oder doch lieber ein neues AKW, wie das der neue Energieminister am liebsten bauen würde? PolitikerInnen und Medien überbieten sich mit neuen (und alten) Ideen, und oft frage ich mich, wo der Verstand bleibt. Die Ausgangslage ist klar: Unsere Energieversorgung muss lokal und ökologisch werden – und nicht international und umweltverschmutzend bleiben. Uran kauften wir lange in Russland ein. Erdgas kommt immer noch aus Russland, was zu den bekannten Problemen führt. Erdöl: Gibts zum Beispiel aus Saudiarabien, Libyen und anderen Staaten, die alle nicht den besten Ruf haben. Nur schon aus friedenspolitischen Gründen ist eine lokale Energieproduktion zu bevorzugen. Wenn wir daran denken, wieviel Geld wir in diese Länder schicken, und wenn wir die ökologischen Auswirkungen der Förderung von Uran oder fossilen Energieträgern berücksichtigen, dann ist klar: Der Wechsel zu eigener Energie drängt.

Eigene Energie heisst: Wasserkraft, Solar- und Windenergie. Es muss dazu nicht auf jedem Berg ein Windrad, nicht auf jeder Alp eine Solarfarm geben. Was wir brauchen, ist ein massvoller und durchdachter Ausbau dieser Energiequellen. In der Nordsee und in Spanien ist das Stadtzürcher EWZ heute schon an Solar- bzw. Windfarmen beteiligt. Diese Anlagen

mögen gut sein, um ökologischen Strom zu produzieren und zu verkaufen. Bei einer Strommangellage nützen sie uns wenig – lokal produzierter Strom wäre nötig. Die Diskussion über mögliche Standorte läuft heiss. Je weniger Menschen irgendwo wohnen, desto besser scheint eine Region geeignet für Windräder und Solaranlagen. Für den Landschaftsschutz ist das höchst alarmierend: Wir müssen mit unserer Natur sorgfältig umgehen. Wieviel besser wäre es, zuerst vor der Haustüre bzw. auf dem Dach die Arbeit zu machen. Zürich hinkt hintennach, es gibt Städte, die mit dem eigenen Solarausbau schon viel weiter sind.

Wir Grüne setzen uns immer wieder dafür ein, dass es mit dem Ausbau von Photovoltaik vorwärts geht. Das mögliche Potenzial in der Stadt ist bekannt, es muss nur genutzt werden. Dazu braucht es Unterstützung von der Stadt und allenfalls finanzielle Anreize. Die Grüne Gemeinderatsfraktion hat sich beim letzten Budget erfolgreich dafür eingesetzt, dass bei städtischen Bauprojekten mehr FachspezialistInnen zur Verfügung stehen, die Bauprojekte begleiten und Photovoltaik auf neuen Gebäuden umsetzen können. Mit einer Motion haben wir zudem kürzlich bessere Einspeisevergütungen gefordert, so dass es attraktiv wird, eine eigene Solaranlage zu installieren – nun muss die Stadt die Tarife ändern. Denn bis anhin rangiert Zürich weit hinten in den Ranglisten, wenn es um die Höhe der Einspeisevergütung geht. Das sind nur zwei Beispiele, es gäbe noch mehr.

Zürich soll eine vorbildliche Stadt werden bezüglich der Energieversorgung. Nutzen wir das Potenzial bei uns, bevor wir unsere Landschaft zubauen.

Felix Moser

# «Viele Nicht-WählerInnen sind mit dem Status quo zufrieden»

Am Sonntag in einer Woche finden in Zürich die Kantons- und Regierungsratswahlen statt. Trotzdem fiel der Wahlkampf wie auch die Beteiligung bisher relativ spärlich aus. Weshalb das keine Seltenheit ist und welche Rolle dabei unser politisches System spielt, erklärt die Politologin Sarah Bütikofer\* im Gespräch mit Isabel Brun.

**A**m 12. Februar wählt die Stimmbevölkerung des Kantons Zürich ihre Regierung sowie ihr Parlament neu. In den Medien wurde bisher jedoch eher zurückhaltend über die bevorstehenden Wahlen berichtet. Haben Sie eine Erklärung dafür?

Sarah Bütikofer: Das liegt sicherlich zu einem grossen Teil an der Ausgangslage. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist nämlich die neue Regierung auch die alte. Wenn niemand aus dem Regierungsrat zurücktritt, ist der Wahlkampf in der Regel eher lau. Ausserdem stehen im Herbst die nationalen Wahlen an, daher schonen sicherlich etliche Parteien ihre Ressourcen, weil sie sich diese lieber für den nächsten Wahlkampf aufsparen wollen.

*Hat es auch damit zu tun, dass die kantonale Politik grundsätzlich weniger interessant ist – für PolitikerInnen als auch für die Bevölkerung?*

Man kann schon sagen, dass sich definitiv weniger Menschen für kantonale politische Angelegenheiten interessieren als für nationale oder kommunale. Das hat damit zu tun, dass die Politikfelder, die im Allgemeinen das Zeug dazu haben, für Aufruhr zu sorgen, meistens national debattiert werden. Beispielsweise die in der Schweiz heftig geführte Auseinandersetzung um die Beziehung zu Europa, Migrationspolitik, gesellschafts- und sozialpolitische Vorlagen wie jüngst die AHV-Reform oder die «Ehe für alle», und auch in Bezug auf die Klima- und Energiepolitik und die Landwirtschaft werden die Weichen vom Bund gestellt. Hinzu kommt, dass alle Gesetze, welche die ganze Schweiz und unsere Wertvorstellungen betreffen, nicht im Kanton gemacht werden. Folglich fällt schon viel weg, was die Bevölkerung stark beschäftigt oder emotional berührt.

*Dann sind die Themen, die im Kantonsparlament bearbeitet werden, einfach weniger wichtig für ZürcherInnen?*

Vielleicht nicht weniger wichtig, aber sicherlich komplexer und eher selten identitätsstiftend. Im Kantonsrat werden beispielsweise viele Vorlagen zur Finanz-, Steuer- und Infrastrukturpolitik diskutiert. Das sind zum einen häufig eher zähe Debatten, die viel Fach-

Sachwissen voraussetzen, zum anderen sind es Themen, die den Menschen meistens nicht so fest ans Herz gehen.

Zudem setzt sich die Bevölkerung sehr heterogen zusammen, und nicht alle fühlen sich gleich heimisch. Viele der heutigen ZürcherInnen sind zugezogen, nicht im Kanton Zürich aufgewachsen und woanders politisch sozialisiert worden. Zusätzlich wohnen und arbeiten viele Menschen nicht am gleichen Ort. Neben nationalen stossen darum kommunale politische Angelegenheiten häufig auf mehr Interesse. Was in unmittelbarer Nähe in der eigenen Wohngemeinde passiert, ist vielen wichtiger als die kantonalen Fragen, die quasi die Zwischenebene betreffen.

*Wie relevant ist diese Zwischenebene – die kantonale Politik – für die Schweiz?*

Ganz generell haben die Kantone in der Schweiz im Gegensatz zu den Gliedstaaten in anderen Ländern weitreichende Kompetenzen und Möglichkeiten. Über die Zeit sind die Zuständigkeiten des Bundes zwar stark gewachsen, aber nach wie vor haben die Kantone sehr vieles selbst in der Hand zur eigenständigen Politikgestaltung.

*Was kann denn ein Kanton, was eine Gemeinde oder der Bund nicht kann?*

Der Schweizer Föderalismus hält stark am Subsidiaritätsprinzip fest. Das bedeutet, dass – zumindest in der Theorie – wo immer möglich auf der unteren Staatsebene reguliert wird. Der Bund ist nur für die ihm von der Verfassung ausdrücklich zugewiesenen Bereiche zuständig. Die 26 Kantone können daher vieles selbst gestalten. In den zentralen Bereichen Gesundheit und Bildung müssen die Kantone zwar die Vorgaben umsetzen, haben jedoch einen grossen Handlungsspielraum. Im Gesundheitswesen gilt zum Beispiel in der ganzen Schweiz das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG). Die Kantone führen dieses aus und sind verpflichtet, die Gesundheitsversorgung zu gewährleis-

ten und Spitäler zu betreiben. Wie sie das machen, entscheiden sie aber selbst.

Im Bildungsbereich wurde mit dem Harmonisierungsabkommen das Ziel festgelegt, die obligatorische Schulbildung schweizweit zu vereinheitlichen. Die Umsetzung erfolgt aber auch hier wieder in den Kantonen, die das sehr unterschiedlich handhaben. In anderen wichtigen Bereichen sind ebenfalls die Kantone zuständig, zum Beispiel in vielen Fragen der Finanzpolitik, bei der Raumplanung, bei Investitionen in Infrastruktur und Verkehrswegen, im Bereich der Kultur, der Hochschulen und der Standortförderung. Zudem hat auch jeder Kanton eine eigene Polizei.

Die Gemeinden haben ebenfalls weitgehende Kompetenzen: Sie können beispielsweise ihren eigenen Steuersatz festlegen, über Infrastruktur- und Bauprojekte auf dem Gemeindegebiet entscheiden, das Angebot von Kultur oder Sport bestimmen oder auch über Einbürgerungen befinden. Dabei ist aber ihr Spielraum nicht unendlich, weil sie kantonale oder nationale Bestimmungen befolgen müssen und nicht alle Kantone gewähren ihren Gemeinden in allen Bereichen gleich viel Autonomie.

*Ist das Amt im Kantonsparlament für PolitikerInnen weniger attraktiv, weil der Kanton hauptsächlich umsetzen muss?*

Das würde ich nicht sagen. Die Mehrheit der Mitglieder der eidgenössischen Räte bringen Erfahrung aus einem kantonalen Parlament mit. Für die einen ist der Kantonsrat das Sprungbrett in höhere Ämter auf der kantonalen oder nationalen Ebene.

*Während der Kanton für PolitikerInnen also ein Sprungbrett sein kann, scheint die Bevölkerung nur mässig interessiert. Auch bei den kommenden Wahlen haben bisher nur 13,4 Prozent der Stadtzürcher Stimmbevölkerung gewählt.*

Die Beteiligung in der Schweiz ist bei Wahlen allgemein eher tief, es gehen meistens weniger als die Hälfte an die Urne. Bei kanto-

**«Über die Zeit sind die Zuständigkeiten des Bundes zwar stark gewachsen, aber nach wie vor haben die Kantone sehr vieles selbst in der Hand zur eigenständigen Politikgestaltung.»**



Sie weiss, warum es mehrheitlich nicht gelingt, Bisherige zu verdrängen: Sarah Bütikofer, Politikwissenschaftlerin. zVg

nenalen Wahlen liegt sie sogar noch tiefer. Sie finden ja auch nicht überall gleichzeitig statt. Ganz allgemein sind Wahlen in der Schweiz aber halt einfach weniger wichtig als anderswo.

*Warum?*

Das liegt unter anderem an der direkten Demokratie. Die stimmberechtigte Bevölkerung kann schliesslich mehrmals im Jahr und auf allen Ebenen zu ganz konkreten Sachfragen Stellung nehmen und dadurch Entscheidung von Regierung und Parlament direkt beeinflussen und korrigieren.

*Ist eine tiefe Wahlbeteiligung denn überhaupt problematisch?*

Das kommt ganz auf die Perspektive an. Natürlich ist es für eine funktionierende Demokratie wichtig, dass die Bevölkerung ihr Recht auf Mitbestimmung wahrnimmt. Gleichzeitig legitimiert eine Demokratie auch eine Nicht-Teilnahme. Oft sind Personen, die sich nicht beteiligen, mit dem Status quo zufrieden und vertrauen darauf, dass die anderen die richtigen Entscheidungen treffen. Andere sind schlicht nicht daran interessiert, sich mit politischen Themen oder AkteurInnen zu befassen. Und die Menschen, die in schwierigen Verhältnissen leben, sind häufig

kaum mehr zu erreichen.

Das ist vielleicht auch das grössere Problem in diesem Zusammenhang: Die Beteiligung ist sehr unterschiedlich je nach gesellschaftlicher Schicht. Weniger Verdienende und weniger ausgebildete Personen sowie jüngere Menschen und lange Zeit auch Frauen beteiligen sich viel weniger. Das hat zur Folge, dass diese Gruppen in politischen Gremien unterrepräsentiert sind. Und dann fällt in der Schweiz sicherlich ganz generell auch ins Gewicht, dass ein Viertel der Wohnbevölkerung sowieso nicht teilnehmen kann, da sie keinen Schweizer Pass haben.

*Ist der Erhalt des Status quo auch der Grund, weshalb bis-*

*herige RegierungsrätInnen selten abgewählt werden?*

Bisherige Regierungsglieder verfügen zum einen über einen hohen Bekanntheitsgrad und werden zum anderen an ihrem Leistungsausweis gemessen. Es kommt zwar eher selten vor, aber eben doch ab und zu, dass jemand nicht wiedergewählt wird. Das hat eigentlich immer handfeste Gründe – und ist nicht einfach nur Pech, wie das bei Parlamentswahlen mit Proporzwahlrecht manchmal eben der Fall ist.

*Denken Sie, dass so etwas in zwei Wochen passieren könnte: Wird die Bildungsdirektorin Silvia Steiner von der Mitte abgewählt und erobert die SP ihren zweiten Sitz zurück?*

Ich gehe eher nicht davon aus. Silvia Steiner tritt als Bisherige mit einem Vorteil zur Wahl an. Sie ist Teil der bürgerlichen Wahlallianz, bestehend aus den vier Bisherigen von SVP, FDP, Mitte und dem neuen Kandidaten der FDP. Vergangene Woche hat sich auch die SVP noch einmal sehr deutlich und öffentlichkeitswirksam für ihre Wiederwahl ausgesprochen und entsprechend mobilisiert. In diesen Kreisen ist man ja von der Vorstel-

lung, dass im Regierungsrat fortan zwei von der SP und jemand von den Grünen zusammen mit Mario Fehr mehrheitsfähig wären, nicht gerade angetan.

*Trotz der Unterstützung von Mitte-Rechts musste sie in den vergangenen Wochen einiges an Kritik einstecken.*

Als Zürcher Bildungsdirektorin im Allgemeinen und als Präsidentin der Konferenz der kantonalen ErziehungsdirektorInnen (EDK) im Speziellen hatte Silvia Steiner während der Pandemie eine exponierte Rolle. Sie war dadurch zwar sehr präsent und konnte ihren Bekanntheitsgrad steigern, aber ihre diesbezügliche Politik kam nicht überall gut an – von der einen Seite wurde ihr vorgeworfen, sie tue zu wenig, von der anderen, sie tue zu viel oder das Falsche. Und ganz allgemein wird im Moment stark über die Bildung und vor allem die Volksschule debattiert. Viele sind mit der aktuellen Situation unzufrieden. Das wird Steiner sicherlich Stimmen kosten. Hinzu kommt, dass sie als Mitglied der Partei «Die Mitte» im Kanton Zürich nur über eine schmale Basis verfügt. Das heisst konkret, dass sie sehr viel mehr Stimmen aus anderen Lagern generieren muss als ihre KollegInnen im Regierungsrat, die von einer grossen Partei getragen werden. Sie ist zudem auch nicht so die begnadete Wahlkämpferin.

*Spricht das für eine Wahl von Priska Seiler Graf?*

Die langjährige Beobachtung und die Statistik sprechen eher gegen ihre Wahl. Bisherige zu verdrängen gelingt mehrheitlich nicht. Nur wenn es wieder – ähnlich wie 2019 – zu einer aussergewöhnlich hohen Mobilisierung in den links-grün-progressiv-feministischen Lagern kommt, wäre so etwas denkbar.

**«Bei den Regierungsratswahlen ist eine Überraschung weniger wahrscheinlich. Bei den Parlamentswahlen kann aber durchaus einiges passieren.»**

*Wird es am 12. Februar also zu keinen Überraschungen kommen?*

Bei den Regierungsratswahlen ist eine Überraschung weniger wahrscheinlich, ja. Bei den Parlamentswahlen kann aber durchaus einiges passieren. Wie immer sind die Kantonsratswahlen vor allem Mobilisierungswahlen. Vor vier Jahren hatten die Grünen und GLP extrem stark mobilisiert, was sich für sie schliesslich auszahlte. Im Kanton Zürich legten sie im Frühling 2019 um 4,7 und 5,3 Prozentpunkte an WählerInnenanteilen zu und gewannen je neun Sitze im Parlament. Die Verschiebung der Mehrheiten in Richtung links-grün-progressives Lager war aussergewöhnlich. Bereits eine Stabilisierung der Verhältnisse wäre ein Erfolg für die Klimaallianz. Es ist aber denkbar, dass das Pendel etwas zurückschlägt.

\* Sarah Bütikofer ist Politikwissenschaftlerin mit Schwerpunkt Schweizer Politik. Sie ist Herausgeberin der Online-Plattform DeFacto und Projektpartnerin bei Sotomo.

# It's the Pukelsheim, stupid!

Droht der AL bei den Wahlen vom 12. Februar Ungemach, wie der <Tagi> kürzlich schrieb? Von wegen!, hält Niklaus Scherr in seinem Blogbeitrag auf der AL-Website\* fest.

Spannung verspricht die Wahl in Ausser-sihl und im Industriequartier» – raunt «Ev Manz in der Wahlvorschau des <Tages-Anzeigers» – «denn der einzige AL-Sitz wackelt. Mit Markus Bischoff tritt das Aushängeschild zurück, Lisa Letnansky auf dem ersten Listenplatz ist unbekannt, und die Partei hat bei den Gemeinderatswahlen im Kreis massiv Anteile eingebüsst.» Mit Verlaub: Das ist blanker Unsinn. Die TA-«Prognose» für den Wahlkreis 4+5 ist bar jeder sachlichen Grundlage und grenzt an Fake-News. Sie ist mir gleich mehrfach in den falschen Hals geraten. Hier wackelt ausser der Argumentation des <Tages-Anzeigers» gar nix!

## Arme AL ohne den grossen Steuermann?

Da ist zunächst der unverkennbar sexistische Unterton. Ohne den grossen Steuermann Bischoff an Bord und mit einer unbekanntem Frau an der Spitze: Wie soll es die AL da schaffen, ihren Sitz zu verteidigen? Statt über mögliche Negativfolgen von Bischoffs Rücktritt zu sinnieren, hätte die TA-Journalistin besser einen genaueren Blick auf die Liste geworfen und dabei entdeckt, dass die AL im Wahlkreis 4+5 mit einer reinen Frauenliste antritt. Unbekannt? Spitzenkandidatin Lisa Letnansky ist Dramaturgin an der Gessnerallee, Christina Schiller war von 2014 bis 2021 Gemeinderätin, Rahel El-Maawi ist Mitbegründerin eines Netzwerks für schwarze Frauen und Co-Autorin von «No to Racism – Grundlagen für eine rassismuskritische Schulkultur».

## <Tages-Anzeiger> hat «Pukelsheim» verpennt

Dann bin ich immer wieder fassungslos darüber, dass der <Tagi> offenbar auch 16 Jahre nach Einführung des doppelten Pukelsheim immer noch nicht begriffen hat, wie die Sitz-zuteilung bei diesem Proporzsystem funktioniert. Wir erklären es gerne: Zuerst wird aufgrund der Stimmenzahl im ganzen Kanton ermittelt, wie viel Sitze jede Partei zugute hat. Entscheidend, ob ein Sitz wackelt, ist also nicht primär der Wähleranteil im einzelnen Wahlkreis (wie früher), sondern der Stimmenanteil im ganzen Kanton, denn dieser entscheidet über die Anzahl der Sitze, die eine Partei überhaupt erhält. Erst im zweiten Durchgang werden die Sitze der Parteien dann auf die einzelnen Wahlkreise heruntergebrochen.

2019 war für einen Sitz eine WählerInnenzahl von 1675 erforderlich. Mit 9593 WählerInnen kam die AL auf einen Sitzanspruch von 5,727 (=9593/1675). Da beim Pukelsheim ab 0,5 aufgerundet wird, ergab das sechs Sitze. Die Unterteilung gemäss Pukelsheim-Schlüssel erfolgte in dieser Reihenfolge:

Wahlkreis	Sitzanspruch	Sitze
Stadt Zürich, Kreis 3+9	1,600084	Sitz 1 und Sitz 6
Stadt Zürich, Kreis 4+5	1,399167	
Stadt Zürich, Kreis 6+10	1,334412	Sitz 2
Stadt Zürich, Kreis 11+12	0,904428	Sitz 3
Stadt Winterthur	0,875000	Sitz 4
		Sitz 5

Bei zwölf Sitzen sind im Wahlkreis 3+9 für ein Mandat 8,33 Prozent erforderlich. Mit 8,01 Prozent kam die AL hier von allen Wahlkreisen am nächsten an einen Sitz heran. Damit ging der erste AL-Sitz nach Zürich 3+9. Der zweite Sitz ging in den Wahlkreis 4+5, der dritte Sitz in den Wahlkreis 6+10, der vierte und fünfte Sitz gingen dann mit deutlichem Abstand nach Zürich 11+12 und Winterthur. Der neu gewonnene sechste Sitz fiel aufgrund des grössten Restanspruchs dem Wahlkreis 3+9 zu, der damit zwei AL-Sitze erhielt. Sollten wir den sechsten Sitz wieder verlieren, würde das auch wieder der zweite Sitz im Wahlkreis 3+9 sein. Damit ist nicht zu rechnen: Laut TA-Umfrage bleibt die AL stabil, laut NZZ legen wir sogar zu.

Die Tabelle zeigt deutlich, dass der Sitz im Wahlkreis 4+5 zusammen mit dem ersten Sitz in Zürich 3+9 und dem Sitz in Zürich 6+10 zu den drei sichersten Sitzen der AL gehört. Ganz einfach, weil wir in diesen drei Wahlkreisen absolut und relativ am meisten Stimmen erzielen: Mit 4439 WählerInnen holen wir allein in diesen drei Wahlkreisen fast die Hälfte aller AL-Stimmen im Kanton.

## Wahlkreis 4+5: Pukelsheim konkret

Im Wahlkreis 4+5 sind 5 Sitze zu vergeben. Damit braucht es für einen Sitz im Prinzip 20 Prozent. 2019 erzielte die SP 32,01 Prozent, gefolgt von den Grünen mit 18,16 Prozent, der AL mit 15,94 Prozent und der GLP mit 14,95 Prozent. Dahinter, deutlich abgeschlagen und ohne Mandatschancen, die FDP mit 8,41 Prozent und die SVP mit 6,66 Prozent. Die SP als klar stärkste Partei erhielt zwei Sitze, die vergleichbar starken Grünen, AL und

GLP je einen Sitz. Selbst wenn die AL in Zürich 4+5 Stimmen verlieren und die GLP zulegen und die AL überholen sollte, würde das nichts an der Verteilung der Mandate im Wahlkreis ändern. Rechnerisch völlig abstrus ist die Annahme des TA, GLP oder Grüne könnten bei einem Stimmenzuwachs einen zweiten Sitz

zulasten der AL holen.

Bei der Unterteilung der Sitze kommt es bei kleineren Parteien mit stark divergierenden Wähleranteilen in den einzelnen Wahlkreisen zu starken

Umverteilungseffekten. Das ist namentlich bei der AL der Fall, deren Stimmenanteil von 15,94 Prozent im Wahlkreis 4+5 über 1,63 Prozent in Uster bis zu 0,65 Prozent in Winterthur-Land schwankt. In den Wahlkreisen, wo es aufgrund der geringen Stimmenzahl nicht zu einem Mandat reicht, entsteht ein «Überschuss» an Stimmen. Dieser wird dann auf andere Wahlkreise umgelegt und führt dort zu Sitzgewinnen.

2019 mobilisierten wir in den elf Wahlkreisen ausserhalb der Städte Zürich und Winterthur 2418 WählerInnen und damit einen Viertel aller AL-Stimmen. Wir kamen aber in keinem Wahlkreis auf einen Stimmenanteil, der für ein Mandat gereicht hätte, das beste Ergebnis erzielten wir mit 1,63 Prozent im Wahlkreis Uster. Der in den Landbezirken erzielte Stimmenüberschuss entspricht einem Potenzial von rund 1,5 Sitzen (=2418/1675). Dank dem «Pukelsheim» gingen diese Stimmen jedoch nicht verloren und haben massgeblich zur Sicherung der Mandate in den Wahlkreisen 11+12 und Winterthur und zum Gewinn des zweiten Sitzes im Wahlkreis 3+9 beigetragen.

## Jetzt erst recht AL wählen!

Fazit: Die TA-«Prognose» entpuppt sich also als purer Fehlalarm. Darum: Wählt im Wahlkreis 4+5 erst recht das Frauen-Quintett der AL! Und legt im ganzen Kanton die Liste 8 ein, damit im Kantonsrat weiterhin eine starke AL-Fraktion mit sechs oder mehr Mitgliedern politisieren kann!

Niklaus Scherr

\* <https://al-zh.ch/blog/2023/01/its-the-pukelsheim-stupid/>

# Wachstum bewältigen

Der Zürcher Finanzvorsteher Daniel Leupi orientierte die Medien über die Strategie seines Departements, die er zusammen mit seinen AbteilungsleiterInnen und seinem Stab jährlich erarbeitete und die für alle transparent sein sollen.

Koni Loepfe

Das Finanzdepartement ist selbstverständlich bei den Finanzen der Stadt Zürich federführend und insofern sind sie zwangsläufig eine zentrale Aufgabe von Daniel Leupi und seinem Team. Eine Aufgabe, die Zeit, Energie sowie Diplomatie im Umgang mit den MitstadträtInnen und mit einem sehr ausgabefreudigen Parlament kostet. Trotzdem dürfte Daniel Leupi in dieser Beziehung ein recht glücklicher Finanzvorsteher sein. Seit er für die Finanzen zuständig ist, schreibt die Stadt nur noch schwarze Zahlen. Auch 2022, obwohl ein Defizit in der Grössenordnung von 150 Millionen Franken budgetiert war. Den genauen Abschluss kannte er bei der Medienorientierung noch nicht, aber wenn er sagt, dass die Rechnung 2022 mindestens mit einer schwarzen Null abschliessen werde, kann man davon ausgehen, dass das definitive Ergebnis anständig ausfallen wird und die Stadt ihre Schulden nochmals etwas reduzieren kann.

Selbstverständlich sind diese guten Ergebnisse nicht nur (aber auch) der guten Konjunktur geschuldet. Daniel Leupi trägt mit seiner unaufgeregten Art, der Konstanz bei der Ausgabendisziplin (auch wenn dies die Bürgerlichen sehr anders sehen) und dem Kämpfen für die Beibehaltung der Einnahmen, aber auch und vor allem mit Investitionen in die Infrastrukturen dazu bei, dass es für Firmen und Private attraktiv ist, in der Stadt zu arbeiten und zu wohnen. Dies gelang bekanntlich in den letzten Jahren fast zu gut. Zürich erlebt einen Boom, der sich bei aller Förderung des Wohlstandes und auch der Lebensqualität vor allem in zwei Bereichen negativ auswirkt: Bezahlbare Wohnungen sind in der Stadt ein immer mehr gesuchter Artikel und auch der Stadt fehlen Fachkräfte. Und zwar nicht das Geld, um sie anzustellen, sondern in einigen für eine Stadt zentralen Berufen wie IT, aber vor allem Lehrkräfte und Gesundheitspersonal sind derzeit einfach nicht genügend vorhanden, die die Abgänge in die Pension kompensieren. Das Abwerben hat dabei seine Grenzen: Das Triemlihospital könnte möglicherweise mit höheren Löhnen dem Universitätsspital PflegerInnen abwerben. Nur: Ein Universitätsspital mit noch weniger Personal schadet den EinwohnerInnen der Stadt Zürich genauso wie ein Triemli mit Personallücken.

Bevor ich in der Berichterstattung näher darauf eingehe, noch eine Zusammenfassung der Finanzen. Die Situation ist nicht nur in den Augen von Daniel Leupi so, dass die Stadt so viele Reserven besitzt, dass sie einige magere Jahre überstehen kann, ohne dass sie zu drastischen Sparmassnahmen greifen müsste. Konkret wächst die Stadt weiter und sie kann ihre bereits heute sehr tragbaren Schulden weiter abbauen.

Es liegt auf der Hand, dass in dieser Situation die Frage nach einer Steuerfussenkung kommt. Daniel Leupi findet diese derzeit höchstens die zweitbeste Alternative. Bei Treffen mit WirtschaftsvertreterInnen sei der Steuerfuss kaum je ein Thema, die Leistungen für die bezahlten Steuern seien für sie in Ordnung. Ein weiterer Abbau der Schulden und der Ausbau und Erhalt der Infrastrukturen samt der Anpassung an die Klimastrategie nütze der Stadt mehr als eine Steuerfussenkung. Die Stadt sei attraktiv, ja beinahe zu attraktiv, und in dieser Situation mache es keinen Sinn, das Wachstum mit kaum verlangten Steuersenkungen weiter anzuheizen. Selbstverständlich existieren Firmen und auch Privatpersonen, denen der Steuerfuss zentral ist. Nur für diese wäre auch ein gesenkter Steuerfuss gegenüber den Tiefsteuernkantonen und -gemeinden immer noch zu hoch.

## Nachfrage ist zu gross

Das grösste Problem in der Stadt sind auch für das Finanzdepartement, das hier zuständig ist, die durchschnittlich teuren Wohnungen im Angebot und die Schwierigkeiten, die zur Erreichung des Drittelanteils an städtischen und genossenschaftlichen Wohnungen auf der Basis der Kostenmiete zu überwinden sind. Derzeit sind rund 1000 städtische Wohnungen im Bau oder in Planung (Thurgauerstrasse, Kochareal als Schwerpunkte), aber das reicht nicht, um die Nachfrage nach zahlbaren Wohnungen zu befriedigen. Die Stadt hat auch zwei Fachleute angestellt, die den Immobilienmarkt nach Kaufmöglichkeiten absuchen. Nur, es wird in der Stadt praktisch nur von Privaten wenig angeboten und oft ist es so teuer, dass ein Kauf illusorisch wird. Hier wird der vom Gemeinderat am Mittwoch beschlossenen Wohnraumfonds (Bericht dazu in diesem P.S. auf der Seite 5) sicher etwas Abhilfe schaffen. Was die Situation aber wirklich schwierig macht, ist, dass die von Privaten und oft

auch von Institutionellen gebauten und angebotenen Wohnungen so teuer sind, dass mittlere Bankangestellte sie sich kaum mehr leisten können. Andererseits gibt es aber immer noch genügend Personen, die sich diese Wohnungen leisten können oder leisten müssen. Mit Verdichten kann man mehr Wohnraum schaffen, aber zumindest kurzfristig wird die einzelne Wohnung teurer und solange sehr teure Wohnungen Absatz finden, besteht wenig Anreiz, günstigere zu bauen oder zu vermieten.

Daniel Leupi verspricht sich von der neuen Vermietungspraxis der städtischen Liegenschaften eine leichte Zunahme der Belegungsziffern und damit eine leichte Entspannung. Helfen würde eine Revision der Lärmschutzbelastung. Was bei der Verhinderung der Brunau-Neuüberbauung nützlich war, erweist sich bei genossenschaftlichen und auch städtischen Verdichtungsprojekten derzeit als Bauverhinderung. Was fehlt, und das ist von mir und nicht von Daniel Leupi, sind Private wie Göhner in den 1970er-Jahren, die im grossen Stil etwa in Volketswil Wohnblöcke für Angestellte mit normalem Lohn hochzogen und damit auch Geld verdienten. Es braucht derzeit sogar weniger ganz günstige Wohnungen als solche in der Dimension zwischen 2000 und 3000 Franken. Konzentrieren sich die Privaten zu sehr auf das oberste Segment oder versuchen sie das Maximum statt eines normalen Gewinns herauszuholen, zwingen sie die Stadt und zunehmend auch die Agglomerationsgemeinden, für zahlbaren Wohnraum zu sorgen. Was nicht nur gut ist.

Selbstverständlich gehören zu den zentralen Anliegen des Finanzdepartements die Massnahmen zur Klimaverbesserung, wo ein strukturiertes Programm zur Sanierung der Heizungen oder der Ersetzung der Benziner existiert. Beim Personal, wo das städtische Reglement die Angemessenheit der Löhne mit Vorteilen bei den unteren bis mittleren Löhnen und einer Deckelung oben sichert, sollen die Grundsätze der Lohngerechtigkeit gewahrt bleiben, also nicht ein Tausender mehr geboten werden, wenn man gerade dringend jemand braucht. Mit der flexibleren Pensionierung sieht er ebenso noch Möglichkeiten, wie beim besseren Ansprechen von HochschulabgängerInnen. Bei den Lehrberufen steht die Stadt gut da. Um es nicht zu vergessen: An der Digitalisierung und an der Datensicherheit arbeitet das Finanzdepartement kräftig mit.

# Wann schlagen wir die Atomkraft in den Wind?

Solaroffensive und Windexpress oder doch wieder neue AKW – wohin soll die Reise in Sachen Klimaziele und Stromversorgungssicherheit gehen? Ein Überblick.

Nicole Soland

**A**uf den Solar- soll der Windexpress folgen: Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK-N) hat letzte Woche ihre Beratung des Bundesgesetzes über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien, den sogenannten Mantelerlass, fortgesetzt. Doch auch die SVP blieb nicht untätig und brachte das Referendum gegen den Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative zustande.

Zudem sammelt ein Komitee Unterschriften für die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)». Gemäss einem Beitrag, der am Montag auf infosperber.ch erschien, wird die Initiative «über eine Lobby-Organisation für die Förderung der Kernenergie in der Schweiz und weltweit» finanziert, die nicht offengelegt werde. Den Stimmberechtigten werde «eine Atomstrom-Initiative unter dem Deckmantel von Versorgungssicherheit, Unabhängigkeit und Klimaschutz verkauft – auf den Unterschriftenbogen wird das Wort Atomstrom oder Kernenergie kein einziges Mal erwähnt», heisst es weiter.

**In Sachen Atomstrom sollte eigentlich alles klar sein, oder etwa nicht?**

Reklame

**«Ich wähle Mario Fehr, weil er sich gemeinsam mit den Kirchen für Menschen im Asyl- und Sozialbereich einsetzt und für sie Perspektiven schafft.»**



**Franziska Driessen-Reding**

Präsidentin Synodalrat  
Katholische Kirche im  
Kanton Zürich, Opfikon

[www.mariofehr.ch](http://www.mariofehr.ch)

Überparteiliches Komitee Mario Fehr wieder in den  
Regierungsrat, im Walder 33, 8702 Zollikon

Doch: Das Parlament hat zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 das Energiegesetz revidiert und damit ein erstes Massnahmenpaket beschlossen. Dieses Energiegesetz vom 30. September 2016 haben die Stimmberechtigten am 21. Mai 2017 mit 58,2 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen.

**Was bedeutet dies nun für den raschen Ausbau der Erneuerbaren?**

Zuerst das Positive: Der Mantelerlass ist auf Kurs. Die UREK-N teilte am 26. Januar mit, sie habe die Weichen für einen «markanten Ausbau der erneuerbaren Energien» gestellt. Die Kommission hat «die Rahmenbedingungen für Wasserkraft-, Windenergie- und Solarenergie-Anlagen von nationaler Bedeutung» definiert und dabei «einen Kompromiss zwischen Schutz- und Nutzungsinteressen erarbeitet». Zudem fordert sie «eine Solarpflicht für alle Neubauten sowie – mit Einschränkungen – für bestehende Gebäude».

Vor allem aber sollen nach dem Willen der UREK-N und anders, als der Ständerat als Erstrat beschloss, «Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien in Biotopen von nationaler Bedeutung sowie in Wasser- und Zugvogelreservaten weiterhin ausgeschlossen sein». Parkplätze mit mehr als 15 Parkfeldern in Bauzonen sollen hingegen mit Solaranlagen überdacht werden können. Die Arbeit der UREK-N ist damit noch nicht beendet. Das Ziel lautet aber, die Vorlage rechtzeitig zur Frühjahrssession, die am 27. Februar beginnt, zuhanden des Nationalrates zu verabschieden.

**Welche Rolle spielt die Gletscherinitiative?**

Das Initiativkomitee hat die Gletscherinitiative zugunsten des indirekten Gegenvorschlags bedingt zurückgezogen. Dieses «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit» ist ein Rahmengesetz: Es setzt in erster Linie Ziele, wie auf [www.gletscherinitiative.ch](http://www.gletscherinitiative.ch) nachzulesen ist, «enthält aber auch ein paar Massnahmen. Dazu gehören unter anderem Netto-Null-Fahrpläne für Unternehmen, die Förderung neuartiger Technologien und Prozesse, die Risikoabsicherung und ein

Impulsprogramm für Heizungsersatz und Energieeffizienz».

**Und das Negative?**

Gegen diesen Gegenvorschlag hat die SVP das Referendum ergriffen. Die Volksabstimmung findet voraussichtlich am 18. Juni statt. Sollte der Gegenvorschlag abgelehnt werden, dürfte die Abstimmung über die Gletscherinitiative folgen, denn sie wurde ja nur bedingt zurückgezogen. Die SVP hatte zwar gemäss Medienberichten etwas Mühe mit Sammeln, brachte die nötigen Unterschriften für das Referendum gegen das «Stromfresser-Gesetz», wie sie es nennt, aber zusammen. In ihrer Medienmitteilung vom 19. Januar gibt sie ihm übrigens einen weiteren

**Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats hat einen Kompromiss zwischen Schutz- und Nutzungsinteressen erarbeitet.**

«netten» Namen, sie schreibt dort vom «teuren und verlogenen Klimaschutz-Gesetz». Mit diesem Referendum war zwar zu rechnen, es kostet aber trotzdem Zeit. Noch viel mehr auf Zeit gespielt wird jedoch in der Atomfrage.

**Inwiefern?**

Siehe oben: 58,2 Prozent der Abstimmenden haben 2017 das Energiegesetz angenommen, neue AKW sind damit vom Tisch. Dennoch tut insbesondere die SVP zurzeit so, als befänden wir uns in der heissen Phase eines Abstimmungskampfes über die Frage, ob wir unseren Strom künftig lieber mittels erneuerbarer Energien oder AKW produzieren wollen. Was eine Mehrheit 2017 beschlossen hat, scheint sie nicht zu kümmern, ja mehr noch: Man könnte glatt meinen, «das Volk» habe doch nicht immer recht, sondern nur dann, wenn es so abstimmt, wie es der SVP passt. Doch auch die Atomlobby kann sich offenbar partout nicht mit diesem Abstimmungsergebnis abfinden. Wir sehen uns also quasi mit einem Ablenkungsmanöver im Doppelpack konfrontiert – was sie allerdings der Öffentlichkeit nicht auf die Nase binden, im Gegenteil.

**Will heissen?**

Aufschlussreich ist das Buch «Spurensuche. Wie sich die Schweiz in eine energiepolitische Sackgasse manövrierte» von Irene und Simon Aegerter (als pdf-Datei greifbar auf [www.energieclub.ch](http://www.energieclub.ch)). Die beiden kämpf-



ten seit Jahrzehnten für die Atomenergie, schreibt Daniel Bütler in einem Artikel in Heft 4/2019 der Zeitschrift «Energie & Umwelt», dem Magazin der Schweizerischen Energiestiftung SES: «Vereint engagierten sich die «Atom-Aegerters» gegen die Energiestrategie 2050 und das AKW-Verbot.» Doch zurück zum erwähnten Buch der beiden: Ausführlich beschreiben sie unter anderem ihre Enttäuschung darüber, dass sich im Vorfeld der Abstimmung vom 21. Mai 2017 politische Parteien und Verbände, die sie auf ihrer Seite gewöhnt hatten, nicht gegen das Energiegesetz eingesetzt hätten: «Somit war die SVP praktisch allein gegen das Energiegesetz, abgesehen von unserem Komitee «Energiegesetz – so nicht!» der Kettenreaktion, Freie Landschaft Schweiz (FLCH) und einigen Einzelkämpfern (...).»

#### Und was soll daran interessant sein?

Der Verband Freie Landschaft Schweiz FLCH kämpft laut seiner Website zusammen mit seinen «natürlichen und juristischen Mitgliedern (...) für den Schutz vor der Industrialisierung unserer Schweizer Landschaften durch Windkraftanlagen». Von einem Einsatz für die Atomkraft steht da weit und breit nichts. Umso mehr sticht ein Beitrag in der an alle Haushalte verteilten SVP-Zeitung zu den Zürcher Wahlen vom 12. Februar hervor. Er trägt den Titel «Luftschloss «Zürcher Windkraft» und ist mit einer Fotomontage illustriert: Windräder in Reih' und Glied erstrecken sich über bewaldete Hügel. Die Bildunterschrift lautet «geplanter Windpark am Bachtel gemäss Baudirektion Zürich» – als Bildhinweis steht jedoch «Bild FLZH». Freie Landschaft Zürich ist, wie der Name nahelegt, der Zürcher Ableger von Freie Landschaft Schweiz: Nicht als solche deklarierte AtomkraftbefürworterInnen gegen Wind-



Nordeuropa macht es vor: Windturbinen liefern sauberen Strom – und die «Verschandelung der Landschaft» hält sich in Grenzen... Nicole Soland

kraft auf Wahlwerbung der SVP – soviel zum Thema transparente Information der Öffentlichkeit...

#### Zurück zum indirekten Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative: Wird er im Juni angenommen, sind alle Probleme gelöst, oder?

Leider nein. Auf der Website der Gletscherinitiative heisst es, der indirekte Gegenvorschlag würde nicht genügen, um das Pariser Klimaabkommen zu erfüllen: «Die Schweiz hat viel Zeit verloren (wie die meisten Länder der Welt), um die Klimakrise rechtzeitig in den Griff zu kriegen. Das können wir mit dem besten Gesetz nicht aufholen.» Aber das neue Gesetz schlage «die richtige Richtung ein», ist dort auch zu lesen. Und das ist aus Sicht der GegnerInnen der Energiewende der Punkt, siehe oben: Wer sich seit dem 21. Mai 2017 nicht damit abfinden konnte, die Abstimmung über das Energiegesetz verloren zu haben, der will garantiert nicht einfach zuschauen, wie Bundesrat und Parlament die eingeschlagene Richtung beibehalten – auch wenn sie damit nichts anderes machen, als was ihnen die Mehrheit damals aufgetragen hat.

**Aber angesichts des Krieges gegen die Ukraine und der allgegenwärtigen Warnungen vom letzten Herbst, es drohe uns eine Strom- beziehungsweise Energiemangellage, ist es doch**

#### keine schlechte Idee, sich grundsätzlich Gedanken darüber zu machen, wie wir unseren Strombedarf decken sollen?

Sicher, doch es ist ein Unterschied, ob man sich Gedanken macht, wie man den Ausbau der Erneuerbaren rasch zusätzlich befördern könnte – oder ob man, wie die SVP und die Atomlobby, so tut, als sei es jetzt und in Zukunft völlig unmöglich, den Strombedarf mit erneuerbaren Energien zu decken, und als seien neue AKW die einzig mögliche Rettung aus dieser Situation. In der Fernsehsendung «NZZ Standpunkte» vom 15. Januar erklärte beispielsweise der Unternehmer und emeritierte ETH-Professor Anton Gunzinger, wir hätten in der Schweiz nicht genügend Photovoltaikanlagen und Windräder aufgebaut, sodass den fossilen Energieträgern bis heute eine viel zu grosse Rolle zukomme, nicht zuletzt im Bereich der Mobilität. Darüber hinaus sei die Renovationsrate bei Gebäuden zu tief. Er plädierte deswegen aber nicht etwa für ein Revival der Atomkraft, sondern hob im Gegenteil hervor, diese sei eine «Sackgasse».

#### Inwiefern?

Russland ist einer der grössten Produzenten von Uran. In einem Bericht auf dem Portal [www.investigate-europe.eu](http://www.investigate-europe.eu), für das ein Team

Reklame

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

von JournalistInnen aus elf europäischen Ländern gemeinsam recherchiert, ist folgendes zu lesen: «Während sich Europa vom Import fossiler Brennstoffe aus Russland löst, bleibt die Atomindustrie stark von russischen Lieferanten abhängig und importiert Uran im Wert von Hunderten von Millionen Euro jährlich. Auch das neueste Sanktionspaket schont die russische Atomindustrie – gegen den Willen von Polen, Deutschland und vier weiteren EU-Staaten.» Diese Staaten hätten gerne die Abhängigkeit von Russland bei allen Energieressourcen beendet, also auch beim Uran, doch sie hätten akzeptieren müssen, «dass Sanktionsbeschlüsse einstimmig gefasst werden». Der Grund für diesen Widerstand lasse sich mit einem Wort erklären: Abhängigkeit. Die Europäische Kommission habe dies nie vorgeschlagen, weil die Auswirkungen für einige östliche Mitgliedsstaaten, die stark von russischer Infrastruktur und Technologie abhängig seien, «stärker wären als für Russland selbst», hält Investigate Europe fest. Doch das ist noch nicht alles.

#### Will heissen?

Der Uranabbau verursacht enorme Umweltschäden und hinterlässt radioaktive Abfallberge, und zumindest in der Schweiz gibt es aktuell weder die Möglichkeit, Brennstäbe wieder aufzubereiten, noch ein Endlager für den strahlenden Abfall. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass in der EU seit einem Jahr Investitionen in neue Atom- und Erdgaskraftwerke unter bestimmten Auflagen als klimafreundlich eingestuft werden: Diese «grüne EU-Taxonomie» ist als Leitfaden für InvestorInnen gedacht. Sie soll die «Finanzierung von sauberen Technologien für den Übergang in eine nachhaltige und klimaneutrale Wirtschaft fördern», heisst es auf dem Portal [www.energiezukunft.eu](http://www.energiezukunft.eu), wo im Übrigen auch darauf verwiesen wird, dass mehrere NGO diese Taxonomie als «Greenwashing von Atom- und Erdgasinvestitionen» kritisierten.

Und was den Krieg betrifft, gibt es Profiteure, und die sitzen auch in der Schweiz: Die Rohstoffhändler machen gerade Rekordgewinne, wie im aktuellen Magazin der NGO Public Eye (Nr. 39, Januar 2023) nachzulesen ist. «Die Marktverwerfungen aufgrund der

Pandemie und der russischen Invasion in der Ukraine haben ihre Gewinne vervielfacht. Dadurch wächst auch der Sektor in der Schweiz, der nun mit einem Anteil von acht Prozent am Bruttoinlandsprodukt bald so gross ist wie der Finanzplatz», heisst es dort.

#### Woher stammt eigentlich das Uran für die AKW in der Schweiz?

Laut der Website [www.kernenergie.ch](http://www.kernenergie.ch), die gemäss Impressum «eine Informationsdienstleistung von swissnuclear», also des Verbandes der Schweizer Kernkraftwerksbetreiber ist, beziehen «die Schweizer KKW (...) ihren Kernbrennstoff auf dem Weltmarkt; teilweise aus Russland und teilweise aus westlichen Ländern wie Kanada, Australien oder den USA».

#### Die Herstellung von Solarpanelen und Windrädern ist allerdings auch keine durchwegs saubere Sache.

Das stimmt, und oben drein kommen Photovoltaikanlagen zu 60 Prozent aus China, wie Anton Gunzinger in der oben erwähnten Sendung betonte – Abhängigkeiten gibt es also auch hier. Aber anders als Brennstoff, der laufend nachgekauft werden muss, produzierten Module, die einmal installiert seien, in Gunzingers Worten «die nächsten 25 bis 35 Jahre Strom – da kann der Chinese machen, was er will». Atomenergie und andere nicht erneuerbare Energien hätten zudem einen weiteren «erheblichen Nachteil», gab er zu bedenken.

#### Welchen denn?

Je mehr sie produzieren, umso teurer wird die Stromproduktion. Nicht einmal als Notanker seien Atomkraftwerke deshalb geeignet: «Ein AKW rentiert sich schon dann nicht mehr, wenn die Stromproduktion die Bandenergie überschreitet.» Beispiel gefällig? Elektrospeicherheizungen galten vor allem in den 1970er- und 1980er-Jahren als «umweltfreundlich», heute sind sie als Stromfresser verpönt. Damals waren sie bei Kraftwerksbetreibern beliebt, weil diese so einen Teil des überschüssigen Nachtstroms aus den AKW

loswurden, und die HausbesitzerInnen profitierten von tiefen Strompreisen.

#### Die angeblich so unsicheren Methoden, dann zu «ernten», wenn die Sonne scheint oder der Wind weht, und für Überschüsse beispielsweise Pumpspeicherkraftwerke als grosse Batterien zu brauchen, scheinen doch nicht ganz verkehrt zu sein?

Es sieht zumindest so aus. An Erfahrung mit der «Veredelung» von Strom mittels Pumpspeicherkraftwerken mangelt es hierzulande bekanntlich nicht. Übers ganze Jahr hinweg gesehen produzieren wir in der Schweiz mehr Strom, als wir verbrauchen, wobei im Sommer Überschüsse anfallen, während wir im Winter zukaufen müssen.

#### Weshalb reden wir eigentlich erst jetzt darüber, dass Windkraftwerke die ideale Ergänzung zur Sonnenenergie sind?

Laut Anton Gunzinger gibt es bezüglich Windturbinen drei hindernde Kräfte, wie er es in der erwähnten Sendung ausdrückte, nämlich «die Atomkraftbefürworter, weil die unbedingt ein Atomkraftwerk haben wollen; die extremen Naturschützer, die einfach sagen, «gar keine Windräder», und ein paar Prozent Esoteriker, die sagen, «Windräder sind so gefährlich». Und das gibt dann leider eine knappe Mehrheit, die

die ganze Entwicklung verhindert.» Die Chancen, dass es auch anders herauskommen könnte, stehen jedoch nicht schlecht: Der Bund gibt den Kantonen via Energie- und Raumplanungsgesetz den Auftrag, in ihren Richtplänen «geeignete Gebiete und Gewässerstrecken» für die Wind- und Wasserkraft festzulegen, und diese Arbeiten sind im Kanton Zürich bereits im Gang (siehe P.S. vom 14. Oktober 2022).

#### Und wie lautet das Fazit?

Wenn die Mär von der «sicheren und sauberen Atomkraft» bald aus den Köpfen verschwindet und nicht mehr dazu benutzt wird, den Ausbau von Solar- und Windenergieanlagen zu verzögern oder gar zu verhindern, dann sieht es nicht schlecht aus für den überfälligen Schritt in eine erneuerbare Zukunft.

Reklame

JEDE STIMME ZÄHLT

JETZT GRÜNE (LISTE 5) IN DEN KANTONS RAT

MARTIN NEUKOM WIEDER IN DEN REGIERUNGSRAT  
ZUSAMMEN MIT JACQUELINE FEHR, PRISKA SEILER GRAF UND ANNE-CLAUDE HENSCH



MEHR INFOS



GRÜNE  
DAS ORIGINAL



BASTIEN  
GIROD  
NATIONALRAT

## «Hemmige»



Alexander Seibt ist nicht Yasmina Reza und Sabine Boss nicht Roman Polanski, aber auch ihr Kammerspiel eskaliert.

**M**an nehme: Vier sprachregionale SympathieträgerInnen im Fach Schauspiel, deren Publikumswirksamkeit bereits erwiesen ist. Schicke sie paarweise auf eine Reise in ein sittliches Dilemma, an dem sich als Garnitur die eigens herbeigeführte trügerische Bequemlichkeit eines unhinterfragt gelebten, also behaupteten monogamen Glücks reiben kann, und fertig ist «Die Nachbarn von oben». Roeland Wiesnekker als Thomas und Ursina Lardi als Anna leben prima nebeneinander her. Haben sich also darin eingerichtet, tatsächliche Probleme ihrer Partnerschaft stellvertretend über Diskussionen über beispielsweise die Inneneinrichtung (nicht) zu verhandeln. Einig sind sie sich darin, dass der einschlägig verortbare Geräuschpegel der neuen Nachbarn von oben nicht nur zu laut, sondern auch zu häufig zu vernehmen ist, ergo als störend empfunden wird. Vor allem, weil er sie an ihren eigenen Umgang mit körperlicher Lust gemahnt. Dem sogenannten Anstand gebührt, NeuzuzügerInnen zwecks Hausharmonie zum Abendessen einzuladen. Nicht ohne zuvor noch auszuhandeln, dass exakt dieses Thema partout nicht angesprochen werden darf. Der Ersteindruck soll ja nicht Spiesser lauten. Dazu einen Drink. Und noch einen. Also stehen bald Sarah Spale als Lisa und Max Simonischek als Salvi vor der Tür. Diese zwei sind von einer entwaffnenden Offenheit, was körperliche Nähe und das darüber Sprechen angeht und verfügen darüber hinaus über ein untrügliches Gespür dafür, welche Themen das einladende Paar in Verlegenheit bringen, und sei es das Klavier im Wohnzimmer. Ein Wort ergibt das nächste, und zwecks Betonung der Richtigkeit der eigenen Sichtweise involviert ein Part des einladenden Paares jeweils jemanden des eingeladenen Paares mit der Bitte um vollumfänglichen Zuspruch. Sie überspielen ihre Hemmungen also durch hemmungsloses Vorführen des jeweils anderen vor Publikum. froh.

«Die Nachbarn von oben» spielt in den Kinos Abaton, Alba, Arena, Corso, Houdini.

## Co-Abhängigkeit Bella figura



Die Verliebtheit kommt zuerst, die Erkenntnis erst später. «The Curse» ist eine Innensicht des Ringens mit (Alkohol-)Sucht.

**D**ie optisch verfremdeten Symbolbilder sind nicht zum Trost da, dieser taucht bis zuletzt überhaupt nicht auf. Ausser vielleicht für Maria Siegrist selbst, die in ihrem Leben zunächst vor lauter Privilegien einen Mangel an Sinnhaftigkeit verspürt, was sich erst schlagartig ändert, als sie sich der Errettung Satindar Singh Bedis von dessen Alkoholsucht verschreiben kann.

Maria Siegrist und Satindar Singh Bedi lernen sich während einer Film-Masterclass kennen. Es wird gefeiert, getrunken, geflirtet. Bis Maria das Ausmass von Satindars Konsumverhalten und damit die damit einhergehende Vielzahl von Problemen zu erkennen vermag, ist es ihr gemäss schon «zu spät». Ihr Herz ist entflammt und lodert. Sie heiraten. Die Off-Erzählung schildert beide Perspektiven auf die Sucht, die Partnerschaft und die Furcht. Seine Beschreibung eines ultimativen Drangs zu trinken und dafür quasi sehenden Auges fast jede Konsequenz in Kauf zu nehmen, ist heftig. Sie greift für die Verbalisierung ihrer eigenen Gefühle teils auf ein Vokabular zurück, das etwas befremdlich nach Schicksal und einer anscheinend logischerweise folgen müssenden Ergebnis klinget. «The Curse» oszilliert zwischen Beichte und Therapie und hangelt sich formal selbst in eine rauschhafte Gesamterscheinung. Die Perspektive ist die eines Mittendrinsteckens, einer rundum erlebbaren Überforderung und einem beiderseitigen (?), annähernd zwanghaften Bemühen, das andere Zwanghafte zu überwinden. Was indes erst richtig zu gedeihen beginnt, sind die Ängste. Vor Betrug, Verrat, Lüge, der Zukunft. Ein sogenannt nüchternes in Betracht ziehen eines möglichen Scheiterns ist aber zum im Film behandelten Zeitpunkt offenbar ein derart übermächtiger Angstgegner, dass ein solcher Gedanke überhaupt nicht gedacht werden darf. Vor allem vonseiten Maria. Dieses Essay behandelt eine nach allen Seiten offene hochgradige Ambivalenz. froh.

«The Curse» spielt im Kino RiffRaff.



Lionel Baier überzeichnet die Nichtvereinbarkeit von Bürokratie und Menschlichkeit bis in die Groteske.

**M**onsieur le président de la République française und die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland werden in einem Erstauffanglager auf Sizilien zum Fototermin erwartet. Das diplomatische Bodenpersonal – Ute Lerner (Ursina Lardi) für Deutschland, Timotei Bacalov (Ivan Georgiev) für Frankreich und Nathalie Adler (Isabelle Carré) für die Europäische Kommission – sucht bereits vor Ort nach der wirkmächtigsten Perspektive für die Kameras. Der Sarkasmus steht in der ersten Reihe: Zu wenig Elend, zu propere Verhältnisse, zu akzentfreies Französisch verunmöglichen es, eine Bilderbuchvorstellung von Helfen einzufangen. Und wo kämen wir hin, wenn die massgeblichen SchicksalslenkerInnen des europäischen Westens nicht im besten Licht erscheinen könnten?

Lionel Baier ergänzt «La dérive des continents (au sud)» (Kontinentalplattenverschiebung) um zwei private Baustellen der zentralen Figur Nathalie Adler. Ihr Sohn Albert (Théodore Pellerin) hasst sie, weil sie die Familie wegen der Liebe zu einer Frau verlassen und in der Folge ihn vernachlässigt hatte. Er taucht als überengagierter freiwilliger Helfer einer NGO vor Ort auf und plant mit Hilfe einer ortsansässigen Helferin, diese gesamte verlogene Inszenierung mittels beherzten Eingreifens zu sabotieren. Und als zweites, eine zurückliegende, nurmehr einseitig existierende amouröse Liaison zwischen Nathalie und Ute. Bereits die ureigenste professionelle Aufgabe Nathalies wird also durch private, im Idealfall eine Empathie einfordernde Parallelanforderungen torpediert, was sie aber erst zur Kenntnis zu nehmen überhaupt in der Lage ist, als ein Meteorit in ihr Auto schlägt. Symbolhaft vielleicht etwas gar dick aufgetragen, aber in dieser Dramödie vor ernsthaftem Hintergrund durchaus als Ausdruck eines allgemeinen Missfallens lesbar. Weil: Die Welt ist nicht so schön wie das Bild, das wir uns von ihr machen. froh.

«La dérive des continents (au sud)» spielt im Kino Uto.

# «Egalité» der Eliten, «Faust» ohne Faust, Museen ...

## Samstag, 4. Februar

8.30 SWR: «**Wie ein Tabu das Forschen erschwert.**» Jeanette Schindler zum «Scheitern» in der Wissenschaft.

10.00 DLF: «**Klassik, Pop et cetera.**» Heute mit der Illustratorin Rotraut Susanne Berner.

11.00 DLF: «**ÉGALITÉ!**» Frankreichs Eliteschulen setzen auf neue Profile. Suzanne Krause in der Reihe Gesichter Europas. «Exzellenz und Intelligenz gibt es überall im Land – nicht nur in privilegierten Vierteln und in Familien mit hohem Bildungsniveau.» Als die exklusive Kadenschmiede Sciences Po, das «Institut für politische Studien», vor 20 Jahren mit dieser Begründung ein erstes Förderprogramm für Talente aus benachteiligten Verhältnissen und Stadtteilen auflegte, galt das als Revolution. Inzwischen zogen andere Eliteschulen zwar nach, der Besuch dieser Hochschulen bleibt jedoch für Begabte aus den unteren sozialen Schichten ein Hürdenlauf. Gleichzeitig bei SRF 2: «Musik für einen Gast» mit Michael Koch, Regisseur und Drehbuchautor.

17.00 SWR: «**Zeitgenossen.**» Thomas von Danwitz, Richter am EuGH. Die da Amtierenden seien bei Interviews typischerweise sehr zurückhaltend, steht in der Vorschau, denn sie müssten auf ihre Neutralität achten. Trotzdem beantworte der deutsche Vertreter beim Obersten Gericht der EU zum Beispiel diese zentrale Frage: «Wie können die Menschen auf der Richterbank für ganz Europa eine gemeinsame Linie finden, obwohl sie ganz unterschiedliche Sprachen sprechen und aus verschiedenen Kulturen kommen?»

19.00 SWR: «**Gruselgrab**» von Rodney David Wingfield. 1984 produziert. Es sei «ein feiner Mystery-Thriller».

20.00 DLF: «**Faust (hab' ich nie gelesen).**» Hörstück von Noam Brusilovsky. Im letzten November zum Hörspiel des Monats gekürt. Aus der Begründung der Jury der Akademie der Darstellenden Künste: Brusilovsky habe bei dieser Autofiktion «einen Pakt mit dem Teufel» geschlossen. Der in Israel als Sohn argentinischer Eltern geborene Nachfahre osteuropäischer Juden kam 2012 zum Studium der Schauspielregie nach Berlin. «Seit zehn Jahren lebt und arbeitet er in Deutschland und möchte darum auch die deutsche Staatsbürgerschaft und einen EU-Pass beantragen. Für die Antragsunterlagen benötigt er die Bestätigung von seinem Arbeitgeber, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dass seine Arbeit einen wertvollen Beitrag zur deutschen Kultur und Gesell-

schaft leistet.» Und eine Hörspiel-Redakteurin ist bereit, ihm solch eine Bestätigung zu schreiben, wenn er dafür die neuste «Faust»-Hörspiel-Inszenierung eines gerade verstorbenen Kollegen kurzfristig übernimmt ... Parallel dazu bei SRF 2 der zweite Teil von «Hier ist noch alles möglich» nach dem Roman von Gianina Molinari. Gibt's den Wolf auf dem Fabrikgelände wirklich?

21.00 SRF 2: «**Musik unserer Zeit.**» John Adams und die Macht der Wiederholung.

22.00 DLF: «**Zwischenblick: Selbsthenker!**» von Wolfgang Rihm. Vorgestellt im Atelier neuer Musik. Gleichzeitig bei SWR 2 Kultur in der Jazztime: «Warmherzig und zupackend.» Der französische Pianist Michel Petrucciani. Und nach 23 Uhr folgt hier: «Euer Beethoven.» Oder: Nur die Kunst hielt mich zurück. Hörstück von Helmut Oehring. Mit musikalischen Begleittönen der Band Bug Rozer.

23.00 DLF: «**Ein Ort zum Staunen und ein Ort für die Seele.**» Die Lange Nacht vom Museum gestaltet Katharina Palm. «Orte wie aus der Welt gefallen – und doch so welthaltig wie keine anderen. Sie bringen uns Altes und Neues näher, lassen uns eigene und fremde kulturelle Wurzeln erkennen, lösen Erinnerungen, Staunen und Befremden aus. Museen katalysieren uns in eine andere Welt und eine andere Zeit. Dabei fordern sie unsere Sinne und unseren Kopf heraus und schenken uns Raum für unsere Seele. Aber wie machen sie das? Wer macht das? Und wie kam es dazu?»

## Sonntag, 5. Februar

8.30 SRF 2: «**Warum stoisches Denken so modern ist.**» Matthias Kussmann fragte nach. Krieg, Pandemie, Hunger prägten auch die Zeit antiker stoischer Denker wie Marc Aurel. Wie lässt sich angesichts solcher Katastrophen und Unsicherheit die Seelenruhe behalten? Stoiker rieten zur An eignung von Wissen anstatt Meinung. «Wir sollen uns nur auf die Dinge konzentrieren, auf die wir Einfluss haben», so erklärt Gernot Krapinger von der Uni Graz das stoische Denken: «Von den Dingen, die nicht unserer Kontrolle unterliegen, sollen wir uns emotional freimachen.» Und bei SWR 2 in der Aula: «Robotik und Raumfahrt.» Science Talk mit Maha Badri, Luft- und Raumfahrtingenieurin.

9.30 DLF: «**Der Hype um die Authentizität.**» Zum absehbaren Ende eines Trends. Essay von Volker Demuth. «Authentizität scheint heute ein Muss, insbesondere in der achtsamen Gesellschaft. In einer Ära der Krisen

und Umbrüche aber enttarnt sich der Einklang mit sich selbst als Weltflucht. Zeitgemässer ist ein Leben in der Revolte.»

12.00 SWR: «**Koloss auf tönernen Füßen.**» Martin Sander zur Krise der katholischen Kirche in Polen.



12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast**» mit Yvonne Apiyo Brändle-Amolo, Ökonomin und interkulturelle Mediatorin. Wenn sie erzähle, dass in Kenia gejodelt werde, ernte sie erstaunte Blicke. Aber als sie in die Schweiz kam, half ihr die Volksmusik dabei, Anschluss zu finden. Sie wurde Moderatorin bei Radio LoRa, war vielseitig aktiv. «Heute engagiert sich die Afro-Schweizerin für Gleichstellung – mit künstlerischen und politischen Mitteln.»

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Hannah Emde, Tierärztin.

14.00 SWR: «**Die neue Moral in der Literatur.**» Junge AutorInnen erzählen. Feature von Insa Wilke.

15.00 SRF 2: «**Der grosse Bluff.**» Vier weitere Folgen der Podcast-Doku von Sarah Fluck und Vanessa Sadecky. 2004 wurde Dieter Behring verhaftet. Der erfolgreiche Anlagebetreiber versprach hohe Renditen im Börsenhandel, betrieb aber bloss ein geschicktes Schneeballsystem. Wie funktionierte es, und warum fielen so viele Menschen darauf herein?

16.30 DLF: «**Manipulierte Erinnerungen.**» Sophie Stigler und Tomma Schröder über Gedächtnisforschung. Deep Science & Hacking Reality in Forschung aktuell.

18.20 SWR: «**Leben des Galilei.**» Hörspiel nach dem Theaterstück von Bertolt Brecht. Produziert 1967. Musik: Hanns Eisler. Der zweite Teil ist in einer Woche zur gleichen Zeit zu hören!

20.00 DLF: «**Hype, Hybris oder Hochkultur.**» NFTs – das Geschäft mit der digitalen Kunst. Feature von Susanne Luerweg und Sabine Oelze.

23.00 SWR: «**Komponieren als Erweiterung des Bewusstseins.**» Dániel Péter Biró über seinen Ethica-Kompositionszyklus. Er stelle in seinem Radioessay auch «grundsätzliche Fragen nach möglichen Formen unseres Zusammenlebens und philosophischer Erkenntnis».

## Montag, 6. Februar

8.30 SWR: «**Zeitungsjournalist im Dritten Reich.**» Joachim Meissner über Margret Boveri (1900-1975). Eine leidenschaftliche Journalistin und deren abenteuerliches Leben. «Sie ist kein NSDAP-Parteimitglied, aber auch keine Widerstandskämpferin – eine Haltung, die für viele Karrieren im Nationalsozialismus steht. Nach Kriegsende publiziert sie weiter und steht trotz heftiger Kritik zu allen Veröffentlichungen «vor und nach 1933».

14.00 SRF 1: «**Die Edenklinik**» von Pamela Dürr. Es geht um heisse Herzen unter weissen Kitteln.

15.00 SWR: «**Schönheit für alle.**» Wie ein Beautysalon kulturelle Brücken baut. Natalie Putsche über Unsicherheiten während einer Gesichtsmassage.

19.15 DLF: «**Andruck.**» Das Magazin für Politische Literatur. Immer montags um diese Zeit!

20.00 SWR: «**Sans Frontières.**» Grenzenlos für Frieden und Freiheit. Studierende, Absolventinnen und Absolventen der Hochschule für Musik Karlsruhe und weitere internationale Kunstschaffende präsentieren Musik sowie Texte von Ludwig van Beethoven, Tatsunosuke Koshitani, Gustav Mahler, HK Gruber, John Lennon, Sara Glojnaric und andern. Mitschnitte eines Konzerts vom vergangenen Herbst im Festspielhaus Baden-Baden.

## Dienstag, 7. Februar

8.30 SWR: «**Marie Tharps Entdeckung.**» Christina Ertl-Shirley und Ruth Waldeyer über die Geburtsstunde der Plattentektonik.

15.00 SWR: «**Die gestohlenen Kinder.**» Leila Knüppel zur Zwangsadoption in der DDR.



19.15 DLF: «**Angst haben fast alle.**» Gewalt im Leben von Obdachlosen.» Feature von Johanna Tirnthall und Timo Stukenberg.

20.00 DLF: «**Eine Fliege kommt durch einen halben Wald.**» Hörspiel nach einem Text von Hertha Müller. Die namenlose Ich-Erzählerin arbeitet seit 34 Jahren in einer Zigarettenfabrik. Sie wartet auf die Rückkehr eines Mannes aus dem Strafgefängnislager oder aus dem Krieg

oder wenigstens auf eine Nachricht von ihm. «Er lebt nicht mehr. Oder er lebt. Man kann auch leben, ohne sich zu melden.»

## Mittwoch, 8. Februar

10.00 DLF: «**Wachsender Bedarf.**» Woher kommt der Strom der Zukunft?

20.00 SRF 2: «**Trompeter im Wald.**» Der Klangkünstler Werner Hasler in Musik unserer Zeit. Mit dem Mikrofon fange er Geräusche ein – im Wald, auf der Wiese oder am Wasser – und verwandelt diese Aufnahmen danach «in sinnlich-kühle elektronische Klanglandschaften».

20.30 DLF: «**Lesezeit-Archiv.**» Max Frisch liest aus «Mein Name sei Gantenbein.»

21.00 DLF: «**Ein moderner Geschichtenerzähler.**» Der comic Storyteller Nikita Miller.

## Do, 9. Februar

8.30 SWR: «**Komiker, Grantler, Philosoph.**» Matthias Kussmann über Karl Valentin.

15.00 SWR: «**Asoziale Lebensart?**» Eberhard Reuss über eine Familiengeschichte aus der Pfalz. Alfons Ludwig Ims hätte nach den Massstäben der Nazis gar nicht geboren werden dürfen ...

20.00 SWR: «**Vollblutmusiker in Pristina.**» MusikGlobal mit Rolf Killius.

## Freitag, 10. Februar

15.00 SWR: «**Ziemlich sensibel.**» Ich fühle was, was du nicht fühlst. Feature von Burkhard Reinartz.

19.15 DLF: «**Wen dürfen wir essen?**» Heute in der Serie von Jakob Schmidt und Jannis Funk: Das Geheimnis der 3Ns. Natürlich, normal, notwendig?

20.00 DLF: «**Im Zug nach Nirgendwo.**» Das unwahrscheinliche Leben des Songtexters Fred Jay. Heute im zweiten Teil des Features von Fabian und Roland Gerhardt: Einsamkeit hat viele Namen. Gleichzeitig bei SRF 2 eine Passage mit Simone Lappert und Marena Whitcher: «Begegnung von Lyrik und Musik.»

22.30 SWR: «**Wuide unterwegs.**» Georg Ringsgwandl & Band im Tollhaus Karlsruhe.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Zudem sind die meisten Sendungen im Podcast-Angebot.

## Stalingrad



**A**m 2. Februar 1943 kapitulierte die 6. Armee der Deutschen Wehrmacht in Stalingrad. Damit endete die «spektakulärste», wenn auch nicht bedeutendste Schlacht des Zweiten Weltkriegs. Das neueste Heft der «Zeitgeschichte» fasst erstens die Schlachtgeschehnisse zusammen und in einem zweiten, ebenso wichtigen Teil ihre Verarbeitung nach dem Krieg, wobei aktuell die Schlacht neue Bedeutung erhält, als derzeit in der Ukraine teils um die gleichen Gebiete gekämpft wird wie damals. Einfach mit den Russen als Angreifer und nicht als Verteidiger.

Die Ereignisse und die Bedeutung der Schlacht um Stalingrad sind heute unter HistorikerInnen klar und nur noch bedingt Teil einer intensiven Forschung. In Details streiten sich die SchreiberInnen des Heftes noch: Etwa bei der Bedeutung der Hilfe, die die Sowjets vor allem von den Amerikanern erhielten. Während die Sowjets deutlich mehr Hilfe erwarteten und vor allem eine raschere Entlastung durch zusätzliche Fronten forderten, hatte Präsident Roosevelt seine liebe Mühe, die Lieferungen an die nicht sehr beliebten Kommunisten (der Hitler/Stalin-Pakt war noch sehr präsent) durch den Kongress zu schleusen. Nach Kriegsende und dem rasch sich zuspitzenden Kalten Krieg redeten Stalin und seine Generäle die amerikanische Hilfe möglichst klein. Was für Stalingrad selber nach den in diesem Heft im Wesentlichen präsentierten Fakten relativ zutraf. Amerikanische Waffen und Lastwagen kamen hier in einem recht bescheidenen Umfang zum Einsatz. Diese waren vor allem später von grosser Bedeutung. Ohne die Militärlastwagen der Amerikaner hätten es die Sowjets wohl auch bis Berlin gebracht, aber deutlich langsamer und damit mit noch mehr Verlusten.

Die Schlacht um Stalingrad galt und gilt als eigentliche Kriegswende, was rein militärisch nur sehr bedingt stimmt. Zwar verlor die Rote Armee bei der Verteidigung und der Rückeroberung der Stadt um die 400 000 Soldaten, die Wehrmacht und die rumänischen Verbündeten etwa 270 000, wobei rund 100 000 in der russischen Gefangenschaft starben. Dazu kommen noch

etwa 100 000 ZivilistInnen, die in der besetzten Stadt umkamen. Das war von der Zahl der Toten her nicht die schrecklichste Schlacht des Krieges, wohl aber von der Art des Todes. Viele Soldaten vor allem auf deutscher Seite verhungerten und erfroren. Dazu zeigte die Schlacht die militärische Stärke und Schwäche der Wehrmacht. In Bewegung war sie stark, es fehlte ihr für den Stellungskrieg aber an Feuerkraft, und vor allem unterschätzte sie die Fähigkeiten der Roten Armee. Die Sowjets konnten ein Heer von einer Million Mann zusammenziehen und damit die 6. Armee in der Stadt einschliessen, ohne dass die Abwehr davon etwas realisierte.

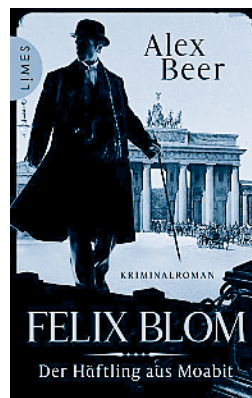
Dieses Versagen war viel zentraler als die Frage, ob Hitler mit dem strikten Verbot des Ausbruchs seine 6. Armee opferte. General Friedrich Paulus wagte den Ausbruch gegen den Befehl Hitlers nicht. Ob er gelungen wäre, steht keineswegs fest, und der Plan, den Ring von aussen mit frischen Truppen zu durchbrechen, war nicht unbedingt schlechter, scheiterte indes. Eher lächerlich war hingegen die Versicherung Görings, die Truppen in der Stadt von der Luft aus zu versorgen.

Stalingrad war psychologisch eine Wende. Zum ersten Mal mussten die Nazis den Deutschen nicht einen Rückschlag, sondern eine bittere Niederlage erklären. Militärisch war das Scheitern des Blitzkrieges in Russland ein Jahr zuvor entscheidender. Während die Rote Armee aus ihren Anfangsniederlagen gelernt hatte und sich geschickt zurückzog, um Positionen zu beziehen, die dann auch verteidigt werden konnten, nahmen die Deutschen die Russen immer noch nicht für wirklich voll, legten nochmals einfach darauf los, verloren dabei viele Soldaten und änderten ihre Taktik nicht.

Nach dem Ende des Krieges verstärkten sich die Bilder der Kriegszeit: Aus den Soldaten der 6. Wehrmacht wurden in der Bundesrepublik tapfere Opfer, die von den Nazis und unfähigen Generälen geopfert wurden und heldenhaft «ihre» Stadt verteidigten. Dass sie auf dem Weg nach Stalingrad viele Kriegsverbrechen auch an der Zivilbevölkerung begingen, gelangten den führenden Generälen und Erfolgsautoren wie Konsalik glänzend zu verdrängen oder auf wenige Nazis abzuwälzen. Gefangene waren allerdings auch in der Sowjetunion kein Thema, da nur Tote sich als Helden eignen. Einseitige Bücher, Filme und Mythen ersetzen fast überall die realen Erinnerungen. Die Überlebenden schwiegen fast immer. Nicht nur aus Scham, sondern weil sie einfach leben, die Bilder und die Hungermonate verdrängen wollten. kl.

ZEITGeschichte: **Stalingrad**. Mythos und Wahrheit einer Schlacht – und die bis heute umkämpfte Erinnerung. Heft Nr. 1/2023, 121 Seiten, 15 Franken.

## Krimi der Woche



**D**er Meisterdieb Felix Blom, der sich nur bei den Reichen mit Mass bedient hatte, wird nach drei Jahren Haft 1878 im aufstrebenden Berlin entlassen. Findet er innert drei Tagen

keine Bleibe und keine Anstellung, muss er zurück ins Gefängnis. Kriminalkommissar Ernst Cronenberg gibt sein Bestes: Seine Polizisten sorgen dafür, dass er keine Anstellung erhält. Zurück in die Kriminalität will er nicht, da er sich in Auguste verliebte (und sie sich in ihn), eine junge Frau aus wohlhabender Familie, die von ihm nichts wissen will. Gleichzeitig kämpft Blom um seine Rehabilitation. Ausgerechnet der Diebstahl, für den er verurteilt wurde, hatte er nämlich nicht begangen. Er wurde seiner Meinung nach von seinem Rivalen um die Gunst Augustes hereingelegt. Aktuell plagen ihn noch andere Sorgen: Er und einige andere erhalten Karten, in denen ihr baldiges Ableben angekündigt wird. Drei von ihnen sind bereits tot, er kennt sie nicht.

Schliesslich findet er einen Schlag im Krögelviertel, wo er aufgewachsen ist und wohin er eigentlich nie mehr zurück wollte. Er wird von Mathilde angestellt, einer ehemaligen Prostituierten, die sich als Detektivin versucht, aber als Frau keine Aufträge erhält. Einen ersten Auftrag erledigen sie mit Erfolg, auch weil beide sich in der kriminellen Szene auskennen. Sehr rasch dominiert aber das eigene Überleben, das ihn sogar zwingt, mit der verhassten Polizei zusammenzuarbeiten. Was wiederum von seinem ehemaligen Umfeld als Verrat betrachtet wird. Irgendwann ist ihm und vor allem Mathilde klar, dass ein Polizist massgebend an den Morden und an dem an ihm geplanten beteiligt sein muss, da nur ein solcher seinen Aufenthalt kennen kann.

Die Geschichte ist ausgesprochen passabel, die Hauptfiguren sympathisch, wenn auch etwas gar zu idyllisch, die Gauner ein bisschen zu nett. Gerade das Letzte macht das Buch unterhaltend, die Dialoge sind flott, so direkt, wie man in Berlin offenbar ist. Die Stadt spielt eine Rolle und die Autorin Alex Beer gibt sich Mühe, das aufstrebende Berlin mit der tüchtigen, aber sehr militärisch ausgerichteten Polizei und dem Eigenleben in den ärmeren Quartieren genau und auch mit viel Aufmerksamkeit darzustellen. Der Krimi ist nicht auf maximale Spannung ausgerichtet, sondern auf leichte Unterhaltung. kl.

Alex Beer: **Felix Blom**. Der Häftling aus Moabit. Limes Verlag 2022, 363 Seiten, 26.90 Franken.

## Kopflös



Christian Knecht

Die Kinderwunschkomödie von Michael Elsener und Roman Ricklin führt vor, welcher Körperteil heftigst darunter leidet.

Es wird schnell klar, dass hier der Fokus mehr auf das komische Potenzial als eine politische Brisanz gelegt wird. «Vier werden Eltern» surft auf einer durchaus komischen Klischeewelle, die vom Publikum mit überschwänglicher Begeisterung quittiert wird. Zu genaues Hinschauen wäre dem abträglich, also drehen wir den Spieß um und feiern die Hervorhebung des sonst immer vergessen gehenden Buchstabens B wie Bsexualität. Weil schwul ist hier so ziemlich gar nichts. Ganz schlecht weg kommt der sich bei wiederholtem Nichtgelingen sich zu einem regelrechten Zwang aufbäumende Kinderwunsch, dessen erstes Opfer – der Verstand – hier genüsslich exekutiert wird. Das gilt für alle Figuren, sie sind letztlich alles Deppen. Am glaubwürdigsten sind die Vorbehalte des Heteros mit zu lahmen Spermien Samy (Florian Butsch), am gelassensten – es wird sich zum Schluss auch herausstellen, weshalb – reagieren Binja (Michèle Hirsig) und ihr langjährigster bester Freund, der angeblich in einer schwulen Partnerschaft mit Janosch (Sebastian Krähenbühl) lebende Nico (Dominik Widmer). Das zweite zentrale Opfer ist der Besitzanspruch in Partnerschaften, der so gerne lapidar als Liebe verkauft wird. Ob die Absprache derweil mono- oder polygam meint, spielt in der hier vorgeführten Lesart keine Rolle. Der Trieb ist nicht gleichmässig verteilt. Das gilt zwar auch für die Harmoniesucht, aber die scheint selbst *contre coeur* sehr viel einfacher dem lieben Frieden zuliebe behauptbar. Die Regie von Alexander Stutz setzt auf Tempo und Turbulenz, Missverständnisse und (auffliegende) Verlogenheit, was das Stück zu einer klassischen, eher seichten denn aufreibenden Komödie macht. Was hilft, nicht zu sehr ins Grübeln zu geraten, ist die egalitäre Verteilung der Dummlichkeit. Eine gute Voraussetzung für eine grosse Mehrheit der Bevölkerung, sich selber nach dem Besuch besser zu fühlen. froh.

«Vier werden Eltern», bis 25.2., Theater Hechtplatz, Zürich. 1.3. – 14.5., Kammerspiele Seeb, Bachenbülach.

## Sinnieren



Philip Frowein

Zwei PerformerInnen stellen ihre eigene Geschichte mit der von legendären ExilkabarettistInnen in eine Relation.

Das sehr Private dieser Kurzreise in eine sagenumwobene Vergangenheit passt gut in die familiäre Grösse der Neumark-Dépendance an der Chorgasse 5. Challenge Gumbodete und Lulu Obermayer sitzen in der Garderobe vor ihren Schminkspiegeln, während sie nach Beendigung von «Backstage» eine imaginäre Aufführung erwartet. Sie sinnieren vor sich hin, lenken sich mit Singspielen und Charleston-Einlagen von der eigenen Nervosität ab. Challenge Gumbodete fallen Parallelen der eigenen Lebenssituation und insbesondere gelebte Erfahrungen mit jenen der legendären Josephine Baker auf. Neben einem Leben im Exil ist es vor allem die Exotisierung und Sexualisierung der Hautfarbe, woran bald achtzig Jahre Evolution offenbar kaum etwas verändert haben. Lulu Obermayers Erstassoziatio ist Therese Giese, die ihrer Körperlichkeit wegen einen schwierigen Start in ein erfolgreiches Bühnenleben hatte. Eine rein äusserliche Ablehnung, die auch Obermayer erlebt hat. Der historische Ausflug ins politische Kabarett während des Zweiten Weltkriegs, das in Zürich zumindest örtlich kaum Spuren bis ins Heute hinterlassen hat respektive der sogenannten besseren Wertschöpfung Platz machen musste, wird inhaltlich für lokal Ansässige etwas sehr stark nur am Rande erwähnt und Obermayers Aufmerksamkeit wechselt bald in Richtung Erika Mann. Form und Inhalt passen indes sehr gut zueinander: Selbst der Titel benennt einen Einblick ins Private, den Schutzraum, der noch vor der Performance steht. Und dergestalt in sich gekehrt geben sich die beiden DarstellerInnen auch gegenüber dem Publikum. Der Gesang ist mehr ein Summen, den Tanz befinden sie selbst als noch weiter optimierbar, die Historie kann aus Zeitdruck nicht noch weiter ausgeführt werden, denn die Inspeizienz kennt kein Pardon, wenn es darum geht, alle zur rechten Zeit an den richtigen Ort zu kommandieren. Wie eine angenehm vorbeieilende Auszeit. froh.

«Backstage», 26.1., Chorgasse, Theater Neumarkt, ZH.

## Vibriieren



Wikipedia Commons

Yael Schüler glückt es kongenial, das expressionistische in Else Lasker Schülers Wesen und Werk zu verkörpern.

Zwar schlurft sie zunächst bücklings und sich entschuldigend über die Bühne, aber aus den Augen blitzt die Gier nach Leben und der Mund formuliert messerscharfe Sätze. Die Klage ist ihre Sache nicht. Die Anklage indes sehr wohl, das Engagement, die Durchsetzung. Sie reist durch halb Europa, um Freunde aus den Nazigefängnissen zu holen, obschon ihr eigener Status mehr als bloss prekär ist. Wird sie von Freunden enttäuscht, so scheint es, spornt sie dies nurmehr dazu an, der ihr innewohnenden Dringlichkeit eine noch grössere Bedeutung beizumessen. Eine Kerze, die an beiden Enden zu brennen scheint. Die für die eigene Schiefelage in einem rechtsnationalen Europa als Jüdin, kritische Denkerin und Erneuererin der Poesie eine tänzerisch-körperliche Entsprechung einnehmen kann, die geradezu fragil bis halsbrecherisch erscheint und dabei ihren unbändigen Willen, ihre Stärke erst recht betont. «Kunst ist Reden mit G'tt/Else Lasker Schüler» ist ein ausdrucksstarkes Solo, in das Yael Schüler (Choreographie: Muriel Bader) eher beiläufig chronologische Eckwerte flicht, zur Hauptsache aber die Sprache der Dichterin in den Mittelpunkt stellt. Eine Sprache, deren Trefflichkeit im Wünschen wie im Wetter, wie im Gegen das den Verstand und den Mut verlieren, fantastische Reisen unternimmt. Eine Unterhaltung mit einer Vogelscheuche, gebildet und eloquent, aus dem Stück «Ich und Ich», fügt dieser poetischen Sternstunde einen Höhepunkt hinzu. Sie selbst stellt sich in diesem philosophischen Gespräch als wissbegierige, aber halt unwissende Person dar. Inwieweit diese Koketterie die Person Else Lasker Schüler als zu erlebender Mitmensch angenehm erscheinen liess, wird an anderer Stelle mit «eher schwierig» eingeordnet. Übers Ganze beschämt einen die hier verkörperte, lebenslange Chuzpe schon beinahe. Wir ziehen in demütiger Bewunderung hochachtungsvoll den Hut. froh.

«Kunst ist Reden mit G'tt/Else Lasker Schüler», 31.1., Theater Keller62, Zürich.

## Eine taktische Frage

Die «Flux Crew» hat ihren wutentbrannten Rundumschlag «Rage of the B-Girls» beim letztjährigen «Inkubator» hin zu einer analysierenderen Darstellungsform weiterentwickelt. Ob nur mit Gewinn, steht im Zweifel.



Hitzigraphy

Thierry Frochoux

Die Kraft der geballten Wut in Kombination mit einem Wust an komplett nachvollziehbarer Klage über die Mängellage für als Frau gelesene Personen im HipHop-Zirkus alias Breaking brachte den sogenannten alten weissen Mann auf eine recht aufrüttelnde Weise mit Ursachen und Konsequenzen in Kontakt. «Rage of the B-Girls» war formal vielleicht etwas heftig, aber inhaltlich komplett nachvollziehbar, was im Idealfall zu einer Verhaltensänderung durch Überzeugung führen könnte. Die aufrichtig empathische Rage zielte auf empathische Reaktionen. Die weiterentwickelte Form von «B-Girls Battle» hat auf der rein sprachlichen Ebene zur Formulierung eines Manifestes in zwölf Punkten geführt, die zwar im eigentlichen Sinne konstruktiver im Ansatz erscheint, aber eben durch ihre durchgängige Soll-Formulierung eine ganz andere Art von Abwehr hervorrufen könnte. A la: Ich lass mir doch nichts vorschreiben. Dass sich nach Jahrzehnten des emanzipatorischen Kampfes die bare Wut vielleicht abgenützt hat und gefühlt durch einen weiteren Schritt in Richtung Veränderung abgelöst gehört, die auch Lösungsansätze und Forderungen formuliert, wirkt stringent, findet sich aber in der aktuellen Gross-

wetterlage wiederum mit einer nahezu kategorischen Gegenwehr konfrontiert. Was die von «Flux Crew» neu gewählte Methode hinsichtlich ihrer Durchschlagskraft zumindest diesbezüglich fraglich erscheinen lässt, als sie sich auf denselben Nebenschauplatz wie die selbsternannte Sprachpolizei begibt, also den Battleground nicht selber bestimmt. Respektive die mögliche Aussenwirkung weniger kanalisiert kontrolliert. Auf der tänzerischen Ebene ist «B-Girls Battle» dramaturgisch klar in drei Teile gegliedert. Pia Ringel, Celia Bermúdez und Ida Winter zeigen auf der Bühne eine Entwicklung von (auch emotional) harter Coolness über die introspektive Hinterfragung (mit etwas ausgeprägtem Fokus auf orientierungslos suchend) hin zu einer potenziell zielführenderen und demzufolge auch weniger auf Verletzung und Sieg ausgerichteten Form eines gegenseitigen Messens des jeweiligen Könnens. Der Habitus ist weniger Attitüde als vielmehr Ausdruck einer selbstbewusst spielerischen gegenseitigen Bereicherung. Das Endresultat ist (auch tänzerisch ergo optisch) ein Gewinn, nur inwiefern Weg und Ziel miteinander kompatibel sind, darüber bestehen Zweifel.

«B-Girls Battles», 28.1., Theater am Gleis, Winterthur. Nächstmals: 16. – 18.6., Fabriktheater, Zürich.

## Übers-Eck-Kreislauf

Für die Sehnsucht nach Sorglosigkeit existiert bestimmt ein Begriff, aber die Spurensuche über die Herstellerbarkeit für deren Verwirklichung durch Bruecker, Meister, Trauffer ist noch tausendmal schöner.



Dominik Zietlow

Thierry Frochoux

Wenn folgerichtig und konsequent dasselbe sind, weshalb beschäftigt sich die Anatomie laufmeterweise mit der Verdauung, erwähnt aber das aktuell reihum hauptsächlich interessierende Essen mit keiner Silbe? «Im Reinen» von Franziska Bruecker, Gerhard Meister und Anna Trauffer stützt sich – wie jede Verschwörungstheorie – auf Fakten, die sie freihändig durch die Mangel drehen, bis die hinterher logisch erscheinende (nächste) Frage beim ersten Mal höchst amüsant wirkt, beim zweiten Mal bereits den Intellekt auf seinen Zack hin prüft und in Serie dann, einen regelrecht nach einem Rettungsanker gieren lässt. Sokrates! Uff, Glück gehabt. Wenn der schon wusste, dass er nichts weiss, befreit das einen als direkt vor einem Schuldbewusstsein des Nichtgenügens. Und das Stück hat im Handumdrehen erreicht, was es beweisen wollte. Anhand des Verdauungsvorganges, der über die Kläranlage und die Verdunstung eventuell wieder im Menschenmund landet, erklärt «Im Reinen» nichts Geringeres als was die Welt im Innersten zusammenhält. Also sollte. Oder könnte. Respektive wie raffiniert die humaneigenen Reflexe funktionieren, auf dass deren Trägermasse sich überzeugend selbstgenügsam sicher sein kann, bei all dem so-

wieso nicht mitgemeint zu sein. Für den Fall, dass noch Zweifel bestünden, entwickeln die drei einen medizinischen Trick, auf den bislang weder Religionen in ihrer Befreiungslehre noch die nerdigst technophile Intelligenz je von alleine gekommen wären: Schnipp, schnapp, und weg ist das Gewissen. Was wie die Erfüllung der Ursprungssehnsucht wirkt, hat bei Licht betrachtet den klitzekleinen Haken, dass selbst das drögste Wissen über Vorgänge etwa von der hehren Rettung einer Petflasche voll berggefiltertem Wasser davor, eine weltweite Wanderschaft auf sich nehmen zu müssen, als ein reichlich schiefes Bild erkennbar wird und einen dann doch wieder beunruhigt, weil das Bewusstsein ja trotz dem Wegschnippeln des Gewissens halt immer noch da ist. Es fallen keine Schuppen von den Augen, es ist noch schlimmer, denn es schwant einem, hier einer Gruppe hinterlistiger DenkmagierInnen auf den Leim gegangen zu sein, die dann nebst Unterhaltung auch noch Haltung an den Tag legt. Nicht aufdringlich, aber voraussichtlich so nachhaltig, dass sich ihre Zusammenhänge unangekündigt immer wieder in Erinnerung rufen. Und dann lacht der Laie scheinbar grundlos. Und das kann ja niemand ernsthaft wollen...

«Im Reinen», 30.1., Sogar Theater, Zürich.

# Verfraut unter Blinden



«Die Männer sind vermannt», sagt Frau G. «und die Frauen verfraut.» Ich überlege, was das bedeuten könnte. Frau G. ist nämlich seit Geburt blind. Was hat sie für eine Vorstellung von Frauen und Männern?

Zumal sie fast alle ihrer neunzig Jahre ledig in Heimen verbracht hat. Sie umfasst meine Hand, als ich ihr die Näharbeit reiche. «Oh die Hände! Ich hätte gerne hundert Hände! Ihre Hände sind auch verfraut, schön und verfraut.» Und wie denkt man sich «schön», wenn man nie etwas Schönes gesehen hat? «Darf ich mal Ihre Frisur tasten?» Ich neige meinen Kopf zu ihr hin. «Ah, so, ja. Die passt zu Ihren Händen und zu Ihrer Stimme.»

Seit dreissig Jahren wohnt Frau G. nun in dieser Institution für Blinde und Sehbeeinträchtigte, wo ich einen befristeten Freiwilligeneinsatz bei der Freizeitgestaltung leiste. Es beeindruckt mich, wie rasch und widerstandslos die BewohnerInnen zu mir Zutrauen fassen und von mir Hilfe annehmen. Ich fühle mich von diesem spontanen Vertrauensvorschuss beschenkt. Ob ich wohl

auch so empfänglich, freundlich, ja geradezu schicksalsergeben wäre, wenn ich mit einer solchen Einschränkung in einem Heim leben müsste?

Frau G. möchte am Fernseher einen Ländler-Kanal einstellen, aber sie kann es nicht. Ich meine, am Radio wäre sie besser bedient, weil es da eher Sender für spezielle Musikinteressen gebe. Ihr Radio sei leider kaputt, sagt Frau G. etwas schuld bewusst, weil sie draufgehauen habe, als sie es einmal nicht zum Laufen brachte. Da scheint doch in den Untertönen etwas Frust über die eigene Beschränkung auf – wie auch dann, wenn ich versehentlich mit dem Vokabular der Sehenden um mich werfe und etwa frage: «Wollen Sie heute am rosa Bommel weiterrähen?» Dann kriege ich zu hören: «Ich weiss doch nicht, was rosa ist. Ich kenne ja die Farben nicht!» (Am liebsten schreddert Frau G. sowieso Akten. Das Geräusch gefällt ihr, und wie der Reisswolf ihr das Papier aus den Händen frisst.) Sie traut mir nicht recht, als ich behaupte, man könne mit den heutigen Fernsehgeräten auch Radio hören. Ich schildere ihr, dass auf diesen Sendern einfach kein Bild kommt, sondern nur Ton. Wobei ich ehrlich gesagt keine Ahnung habe, ob Frau G. sich von einem Bild überhaupt

ein Bild machen kann! Als ich ihr nämlich nach der Musikstunde das i-Pad erklären wollte, musste ich kapitulieren. «Das hat ja gar keine Tasten, wo stellt man das ein und aus?», war ihre perplexen Reaktion, während sie über die spiegelglatte Oberfläche strich. «Also, die Tasten leuchten auf, sie erscheinen von selbst, ähm.» Vielleicht hätte ich es mit dem An- und Abschwellen von Klängen vergleichen sollen.

Gemeinsam spazieren wir zum Empfang. Dort fragen wir, ob man fürs Eruiieren der Radiosender einen Techniker aufbieten könne. Da hat jemand einen schlechten Tag und tadelt Frau G.: «Jaa, tüend Sie jetzt ämal zuelose!» Dabei hat diese ganz normal gefragt, einfach in ihrer etwas eindringlichen Art, die Dinge zwei-, dreimal zu wiederholen. Sie kann sich ja nicht auf die Körpersprache verlassen, um Nachdruck zu vermitteln. Sie hat keine Gestik, kaum Mimik. Woher auch? Sie erhält einen Notizzettel für die Pflege, die ihn für den Techniker an ihrem Gerät anbringen soll, und wir verabschieden uns vor dem Lift. «Ach Ihre Hände, am liebsten würde ich sie abschrauben und mitnehmen!» – «Oh je, die brauche ich aber noch! Adieu Frau G., kommen Sie gut heim!» Heim ...

Ina Müller

Reklame



© Goran Basic

## WIR ERGREIFEN PARTEI FÜR MIETER:INNEN

Bezahlbare Wohnungen.  
Energiezulagen.  
Starker Mietschutz.



Am 12. Februar 2023:  
SP in Kantons- und Regierungsrat wählen.

